

Bezugspreis:
Bierzeitung, 10. — M., monatlich 10. — M.
frei ins Haus, wozu ein halbes Jahr
bezug: Monatlich 10. — M., ein Jahr
20. — M. Unter Kreuzband für
Deutschland und Österreich 16.50 M.,
für das übrige Ausland bei täglich
einmaliger Zustellung 21.50 M. Postbe-
stellungen nehmen an Österreich,
Ungarn, Tschechien, Slowakei, Dänemark,
Niederlande, Belgien, Schweden
und die Schweiz. — Eingetragen in
die Postzeitungs-Verzeichnisse.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntags-
beilage „Welt und Zeit“ und der Unter-
haltungsbeilage „Heimweil“ erscheint
wöchentlich zweimal, Sonntags und
Montags einmal.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Komparatabelle
Ziffer 1. — M., Anzeigenaufschlag 50%.
„Kleine Anzeigen“ das ist
gedruckte Wort 1. — M. (zwei- und
dreispaltige Worte), jedes weitere
Wort 60 Hg. Stellenanzeigen und
Schlusszeilenanzeigen das erste Wort
60 Hg., jedes weitere Wort 40 Hg.
Worte über 15 Buchstaben zählen als
zwei Worte. Anzeigen für Abonnenten
Ziffer 2. — M., politische und gewerkschaftliche
Anzeigen Ziffer 3. — M.
die Zeile ohne Aufschlag.
Anzeigen für die nächste Nummer
müssen bis 3 Uhr nachmittags im
Postgeschäft Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abgegeben werden. Schließt
am 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197

Dienstag, den 8. Februar 1921

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753-54

„Einwohnerwehren über alles!“

München, 7. Februar. (Amtl.) Der bayerische Ministerpräsident v. Kahr ist Sonntag nacht von der Konferenz der Ministerpräsidenten zurückgekehrt, die die Reichsregierung auf den 5. Februar nach Berlin eingeladen hatte. Die Konferenz, die unter dem Vorsitz des Reichskanzlers tagte, beschäftigte sich mit der Haltung, welche die Reichsregierung der Pariser Note der allierten Mächte gegenüber einzunehmen hat. Das Votum des bayerischen Ministerpräsidenten war entsprechend seinem Votum durch den Beschluß des Ministerrates und der Führer der Koalitionsparteien vom letzten Freitag festgelegt. Da über diese Vorschläge eine Einigung nicht erzielt werden konnte, verließ der Ministerpräsident am Montag nachmittags eine neue Ministerratsitzung, die indessen wegen dienstlicher Abwesenheit eines Kabinettsmitgliedes auf Dienstag vor-mittag verschoben werden mußte. In dieser Sitzung wird der Ministerpräsident über den Verlauf der Berliner Verhandlungen berichten und das Gesamtministerium zu neuerlicher Beschlußfassung veranlassen.

Am Sonnabend hat bekanntlich die gemeinsame Besprechung der Reichsregierung mit den Staats- und Ministerpräsidenten stattgefunden. Nach einem WTB-Bericht, den wir in unserer Sonntagsausgabe veröffentlichten, erklärten „sämtliche Anwesenden ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Kabinetts“, wie sie sich aus der Reichstagsrede Dr. Simons' ergebe. Aus dem obigen Münchener amtlichen Telegramm geht aber hervor, daß das WTB-Communiqué etwas verschwiegen hat, worüber die gesamte deutsche Öffentlichkeit ein Recht hat, unterrichtet zu sein. Schon aus der vorsichtig verlaufener Fassung des Münchener Communiqués ergibt sich, daß ein von der bayerischen Kahr-Regierung vertretener Standpunkt abgelehnt worden ist, und daß nun das bayerische Ministerium neuerlich über den Gegenstand beschließen muß. Um welchen Standpunkt es sich da handelt, ist nicht schwer zu erraten, aber wir sind in der Lage, hierüber ganz bestimmte Tatsachen mitzuteilen, die auf die verhängnisvolle Rolle der bayerischen Reaktionsregierung ein grelles Licht werfen:

Ministerpräsident v. Kahr hat nämlich vor den anderen in Berlin versammelten Reichs- und Staatsministern die These vertreten, daß die Pariser Beschlüsse als ein gesamt-fragenkomples zu behandeln, daß also die Reparationsvorschläge und die Entwaffnungsbedingungen en bloc abzulehnen seien. Worauf es dabei den bayerischen Reaktionsregierungen besonders ankommt, ist die Beibehaltung der bayerischen Einwohnerwehren, deren Auflösung von der Entente bis zum 1. Mai gefordert wird. Als willkürliches Werkzeug der Orgel versuchte nun Kahr weiter die Reichsregierung dafür zu gewinnen: war es ihm ja bereits zweimal gelungen, die Antwortnoten der Reichsregierung im Sinne der Notwendigkeit der Beibehaltung der Einwohnerwehren zu beeinflussen. Dieses Mal aber scheiterte sein Versuch am einmütigen Widerstand der übrigen Staatsregierungen. Auch die Reichsregierung wagte es nicht mehr, die Forderungen

der bayerischen Reaktion angesichts der energischen Haltung namentlich der preussischen, sächsischen, heftischen und mecklenburgischen Minister zu unterstützen. So blieb Kahr, trotz seines Hinweises auf das einstimmige Votum des bayerischen Kabinetts und der hinter ihm stehenden „Ordnungsparteien“, mit seiner Auffassung allein.

Die Stillisierung der Münchener Meldung läßt zwar die Deutung zu, als ob die „neuerliche Beschlußfassung“, die Herr v. Kahr „veranlassen“ will, im Sinne eines Aufgebens des Escherich-Standpunktes und eines Nachgebens vor dem einheitlichen Willen der übrigen Staatsregierungen erfolgen sollte. Soweit wir unterrichtet sind, ist dies leider nicht zu erwarten. Vielmehr scheint es, als ob der neue Beschluß den ersten bestätigen werde. Denn Herr v. Kahr hat sich am Schlusse der Berliner Besprechung und trotz der Bitte der Reichsregierung nicht einmal dazu bereit erklärt, nach seiner Rückkehr nach München im bayerischen Kabinet die Auffassung der Mehrheit der Berliner Konferenzteilnehmer zu vertreten. Wie man sieht, kann also von einem „grundsätzlichen Einverständnis sämtlicher Anwesenden“, das durch WTB vorgebildet wurde, gar keine Rede sein.

Für Kahr, Escherich, Ludendorff u. Co. bleibt es also bei der Parole: „Einwohnerwehren über alles!“ Daß es so weit gekommen ist, ist nicht zuletzt die Schuld der Reichsregierung, die, trotz aller Warnungen von sozialdemokratischer Seite den Orgel-Kummel der bayerischen Reaktion nicht nur monatelang stillschweigend geduldet, sondern ihn sogar schließlich in den berüchtigten Antwortnoten an die Entente mitgemacht hat.

Jetzt aber ist es an der Zeit, daß die Reichsregierung der bayerischen Reaktion ein entschlossenes: „Genug!“ entgegenstelle. Die Stunde ist zu ernst, als daß wir uns die Wiederholung jener Fehler leisten dürfen, die die Reichsregierung in der Behandlung der Entwaffnungsfrage begangen hat. Die Frage ist: Sollen wir der Kahr-Reaktion zuliebe die letzten Chancen Deutschlands, eine Revision der Pariser Wiedergutmachtungsbeschlüsse dadurch zu verschärfen, daß wir in der Entwaffnungsfrage jenen bayerischen Standpunkt einnehmen, der nicht allein dem Willen des gesamten Proletariats widerspricht, sondern auch den Ententeschmachern den willkommenen Vorwand bietet zu behaupten, Deutschland widersehe sich planmäßig dem Friedensvertrag und müsse daher mit Diktaten behandelt werden?

Von den sogenannten „nationalen“ Parteien ist allerdings nicht zu erwarten, daß sie irgendeinen Druck auf die Reichsregierung im Sinne eines entschlossenen Vortretens gegen die nach außen wie nach innen gemeingefährliche Kahr-Politik ausüben. Die Sozialdemokratie aber ist, so sehr sie gewillt ist, dem Außenminister den Rücken gegenüber der Entente zu stärken, ebenso sehr entschlossen, der Reichsregierung ihr Vertrauen zu entziehen, wenn sie weiter in dieser Stunde höchster Not und ernstester Beschlüsse als die Wortführerin bayerischer „Ordnungs“-Ziele auftreten wollte!

Severing vor Berliner Wählern.

Eine von mehreren tausend Personen besuchte Wähler-versammlung füllte am Montag abend in dichtgedrängten Reihen den großen Schultheißsaal in der Hofenheide. Draußen standen noch Hunderte, die keinen Einlaß mehr finden konnten. Auch eine verhältnismäßig kleine Zahl von Kommunisten hatte sich eingefunden. Sie machten sich am Anfang durch Zwischenrufe bemerkbar, aber, da sie nur eine kleine Minderheit bildeten, waren sie verständig genug, auf ernste Störungen zu verzichten.

Referent war der preussische Minister des Innern, Genosse Severing. Er erinnerte an die Pariser Beschlüsse der Entente und sagte, ohne daß er der Entscheidung der Reichsregierung vorgreifen wolle, glaube er doch sagen zu können, das deutsche Volk ist einig in der Ablehnung dieser Beschlüsse. Ein Wahnsinn ist es aber, wenn man daran denkt, das Pariser Diktat mit Waffengewalt zu beseitigen. Einem gewissen Teil der Presse muß gesagt werden, daß es nicht angeht, die Pariser Forderungen in Bausch und Bogen abzulehnen. Die auf die Entwaffnungs bezüglichen Forderungen können nicht abgelehnt werden. Die übrigen Forderungen müssen geprüft und soweit es möglich ist, auch erfüllt werden. Der Ausfuhrzoll und die Kontrolle unseres Außenhandels würde den Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft herbeiführen. Dagegen müssen wir uns, ob wir rechts oder links stehen, wehren. (Beifall.) Bei der Besprechung des inneren Wiederaufbaus Deutschlands und Preußens betonte der Redner, die alten Zustände, Monarchie und Militarismus dürfen nicht wiederkehren. Auf einen Zursich von kommunistischer Seite sagte der Redner: Ich habe das Vertrauen zu der deutschen Arbeiterklasse, daß sie einen etwaigen Mißbrauch der Reichswehr zu einem reaktionären Zweck mit Erfolg abwehren kann und wird. (Beifall.) Dazu ist die wirtschaftliche Macht der Arbeiter stark genug. Ferner führte der Redner aus: Es wird keiner Partei verwehrt, in der inneren Verwaltung Preußens mitzuarbeiten. Auch Kommunisten sind in Verwaltungsposten beschäftigt worden. Wenn die Kommunisten Wert darauf legen, auch in Zukunft mitzuarbeiten,

dann müssen sie allerdings Abstand nehmen von der Drohung, die Verfassung und die Staatsform mit Gewalt zu ändern. Wer den Staat mit Gewalt bedroht, der kann nicht erwarten, daß ihn die Regierung auf einen verantwortlichen Posten stellt. Wir werden alle Parteien zur Mitarbeit heranziehen, aber die Feinde der demokratischen Republik müssen wir von der Mitarbeit ausschließen. (Zuruf: Warum ist Pausen nicht befristet?) Ich habe die zuständige Stelle erinnert, ihn zu befristen, und

Pausen wird befristet!

Sollte ich noch im Amt sein, wenn die Stadtvorordneten gegen seine etwaige Nichtbestätigung Beschwerde erheben, dann werde ich ihn befristen. (Beifall.) Zunächst muß natürlich die erste Instanz sprechen. Sie wird genau wie im Falle Löwenstein zu prüfen haben, ob Pausen in der Lage ist, sein Amt mit Aussicht auf erfolgreiches Wirken anzutreten. — Was der Redner von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Ordnung sprach, rief ein Kommunist: „Mit Maschinengewehren.“ Darauf antwortete Genosse Severing: Ich bin der Meinung, daß die Maschinengewehre erst dann ihren Zweck erfüllen können, wenn sie zum alten Eisen geworfen sind. Ich appelliere nicht an die Maschinengewehre, sondern an die gesunde Einsicht, an die Disziplin und die Unterordnung unter die Interessen der Allgemeinheit. Wer nicht will, daß der Staat die Ordnung mit Gewaltmitteln aufrechterhalten muß, der möge in den Kreisen seiner Partei dahin wirken, daß auch sie auf die Anwendung von Gewalt verzichtet. (Beifall.) Zum Schluß betonte der Redner, daß es bei den Wahlen vor allem darauf ankommt, den Einfluß der reaktionären Parteien zu brechen. Es hängt auf das Vertrauen des Volkes wollen wir die Sache des Volkes und der Demokratie zum Siege führen. (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion kamen außer mehreren Mitgliedern unserer Partei auch vier Redner der Kommunisten ausgiebig zum Wort. Ihre Ausführungen, soweit sie sachlich waren, wurden von unseren Genossen und vom Referenten unter allgemeinem Beifall treffend widerlegt. Eine von einem Kriegsbeschädigten eingebrachte Resolution wurde angenommen. Sie fordert die sofortige Wiederöffnung der geschlossenen Reichswehr-Kriegsvorgeschichte.

Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Von Hermann Silberstein.

Die neuesten Forderungen der Entente sind unerfüllbar, darüber besteht in unserem Volke kein Zweifel. Aber ebenso entspricht es dem Wunsche unseres Volkes, daß das Kabinett sich den Weg zu weiteren Verhandlungen nicht verschütten und sich von unseren deutschen nationalen Katastrophopolitikern nicht auf eine Bahn drängen lassen darf, auf der die weitere Verhandlung ausgeschlossen wäre.

Solche Handlung wäre unklug und den Absichten und Interessen der großen Mehrheit des Volkes zuwider.

Bei unserem Volke ist der gute Wille vorhanden, bis zum Außersten die Pflichten zu erfüllen, die aus dem Friedensvertrag fließen, das bekräftigt aufs neue der Appell an die Arbeiter der Welt, den die Gewerkschaftszentralen in ernster Stunde hinaus sandten und in dem es heißt:

„Das deutsche Volk hat sich bereit erklärt, im Rahmen der Möglichkeit den angerichteten Schaden wieder zuzumachen.“

In den Pariser sogenannten Vorschlägen verlangt die Entente zu bestimmten Terminen feste Goldbeträge und daneben variable Beträge in Gestalt von 12 Proz. unserer gesamten Ausfuhr. Dazu kommen noch Sachlieferungen an Waren, deren Umfang und Gattungen sich heute nicht annähernd übersehen lassen.

Von vielen Tausenden deutscher Bürger wird zurzeit die Frage erwohnen, warum weist Frankreich hartnäckig die besten Möglichkeiten der Wiedergutmachung zurück, die Deutschland im Wiederaufbau Nordfrankreichs leisten könnte?

Diese Frage ist zur Stunde sehr ernst und verdient eingehende und sachliche Prüfung. Sie dürfte geeignet sein, auch in London zum Gegenstand der Verhandlung gemacht zu werden.

Die Ursache, daß Deutschland zum Wiederaufbau noch nicht zugelassen wurde, ist nicht seine Schuld, wenn auch in einigen deutschen Zeitungen der Versuch eines Nachweises unternommen wurde, daß Deutschland mit Angeboten und Vorschlägen in Bezug geblieben sei. Ruedings sagt-Baurat Peuster in Nr. 57 der — „Woll.-Ztg.“:

„Nach ihm gewordenen Mitteilungen scheinen die von der deutschen Regierung bisher gemachten Organisationsvorschläge zu wenig auf die Mentalität und Bedürfnisse der französischen Seite Rücksicht genommen zu haben.“

Die Einwände erster Kategorie sind dadurch widerlegt, daß Deutschland bisher drei Angebote gemacht hat, wovon bis zur Stunde die französische Regierung auf keines eingegangen ist.

„Matin“ und „Gaulois“ berichten am 20. Januar, daß neulich in Paris der dritte Kongreß des Baugewerbes und der öffentlichen Arbeiten in den zerstörten Gebieten stattfand. Es heißt dort unter anderem:

„Da es im Wiederaufbaubereich an den notwendigen Baumaterialien, insbesondere an Holz und Dachziegeln fehlt, so nahm der Kongreß einstimmig eine Entschlieung an, daß deutsche Wiedergutmachtungsleistungen dieser Art angenommen werden könnten. Als man aber zur Frage einer Mitwirkung deutscher Arbeitskräfte kam, erklärten einige Mitglieder, die ihre Rollen möglichst rasch wieder ausgerichtet sehen wollen, daß die Zulassung deutscher Arbeiter in gewissem Umfang und unter gewissen Garantien zulässig wäre. Andere Mitglieder wendeten sich mit Heftigkeit gegen diesen Vorschlag, der schließlich beinahe einstimmig in folgender Resolution abgelehnt wurde: Die Beschädigten würden es vorziehen, ohne Unterlass zu bleiben, als ihre Rollen von den Zerstörern wieder aufgebaut zu sehen.“

Aus diesen und ähnlichen Presseäußerungen ist ersichtlich, daß die ablehnenden Gründe ganz anderer Natur sind, als Baurat Peuster anzunehmen scheint.

Anders in Deutschland. Die deutschen Bauarbeiter waren von vornherein bereit, in großem Umfang an dem Wiederaufbau teilzunehmen. Bereits im Dezember 1918 versuchten die Organisationen mit den gleichen Organisationen auf der anderen Seite in Verbindung zu kommen, um das erforderliche Einvernehmen herbeizuführen und alle Bedingungen kameradschaftlich zu vereinbaren. Leider zunächst ohne Erfolg.

Zwischen der deutschen Regierung und den Gewerkschaften kam aber über die ideellen, sozialen und materiellen Bedingungen, unter denen die deutschen Arbeiter am Wiederaufbau teilnehmen sollten, eine volle Einigung zustande. Diese Vorschläge bildeten die Grundlage der Verhandlungen, die vom August bis Anfang Oktober 1919 in Versailles stattfanden und an denen Beauftragte der deutschen Gewerkschaften teilnahmen.

Bis zum 2. Oktober war die Angelegenheit soweit geklärt, daß auch auf französischer Seite dem Gedanken nicht mehr widersprochen wurde, daß einmal die Deutschen am Wiederaufbau — zunächst an Aufräumungsarbeiten — teilnehmen sollten und zum anderen sie als völlig Gleichberechtigte persönliche Freiheit und Sicherheit genießen, dem deutschen sozialen Recht unterstehen, und ihre Lebenshaltung, sowie Lohn- und Arbeitsbedingungen sichergestellt werden sollten.

Die Franzosen versprochen, bis 5. Oktober an uns ein Statut zu überreichen, in welchem die näheren Bedingungen formuliert sein sollten.

Dieses Statut ist nie überreicht worden! Damit blieb die französische Regierung in Verzug. Ebenso unterließ sie jede Gegenüberlegung auf den von der deutschen Regierung in Spa unterbreiteten Vorschlag.

In allerneuester Zeit — Ende 1920 — hat ein Delegierter der deutschen Regierung den Delegierten der französischen Regierung nahegelegt, daß Deutschland seine Leistungen für den Wiederaufbau Frankreichs erheblich vermehren könnte, wenn es mit Arbeitsleistungen den Wiederaufbau fördern könnte. Herr Seydoux schien geneigt, diesem Gedanken näherzutreten, wie aus einer schriftlichen Gegenüberlegung ersichtlich. Aber durch die in Paris zustande gekommene phantastische Kombination ist auch dieser Plan wieder verschüttet.

Es ist in diesem Augenblick von großer Bedeutung für unser Volk und auch für die Bevölkerung der Ententeländer zu wissen, daß die deutschen Hand- und Kopf-arbeiter des Baugewerbes aller Berufe und aller Organisationen, sowohl der Baustoffe herstellenden wie Baustoffe verarbeitenden Industrien, bereit und in der Lage sind, große Teile der zerstörten Gebiete wieder aufzubauen; und daß diese Volksteile wünschen, daß die Verhandlungen über die Beteiligung deutscher Bauarbeit wieder aufgenommen werden.

Es sei gestattet, hier den Eingang der im September 1919 durch die deutsche Regierung an die französische Regierung überreichten Note wiederzugeben:

„Die in Versailles anwesenden Vertreter deutscher Arbeitnehmerorganisationen können versichern, daß ihre Mitglieder freiwillig am Wiederaufbau Nordfrankreichs mitwirken wollen und diese Aufgabe als eine freigewählte Ehrenpflicht gegenüber der Bevölkerung der zerstörten Gebiete betrachten.“

Als Voraussetzung der Erfüllung dieser Pflicht halten die Organisationsleiter der deutschen Arbeiter für unerlässlich: erstens, daß die zuständigen französischen Arbeiterorganisationen gegen die Teilnahme deutscher Arbeiter am Wiederaufbau nichts einwenden; ferner, daß die idealen, sozialen und materiellen Bedingungen der deutschen Arbeiter in keinem Falle geringer sein dürfen, als die der gleichen Kategorien französischer Arbeiter.“

Zwischen den in Frage kommenden Berufsorganisationen haben und drüben ist ein volles Einverständnis erzielt und damit sind die oben erwähnten ersten Voraussetzungen gegeben.

Zwischen dem Vorstande des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vertretern der französischen Gewerkschaftszentrale fand hier in Berlin eine Aussprache über die Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau statt, wobei Genosse Jouhaux-Paris konstatierte, daß zwischen beiden Landesorganisationen über diesen Gegenstand, d. h. über die Beteiligung deutscher Arbeiter volles Einverständnis besteht.

Genosse Jouhaux fuhr fort: Die französischen Arbeiter seien überzeugt und fühlen es als unumstößliche Wahrheit, daß im Augenblick und auch in Zukunft keine europäische Politik möglich ist, ohne eine Annäherung und ein ökonomisches Zusammenarbeiten Deutschlands und Frankreichs. Das sei die Grundlage, daß überhaupt Europa für die Zukunft wieder aufgebaut werden könne und überhaupt bestehen könne. Sowohl der materielle wie geistige Ruin, in dem Europa sich augenblicklich befinde, könne nur durch das Zusammenarbeiten von Deutschland und Frankreich wieder gut gemacht werden.

Wir sind bereit, alles zu tun, was wir in dieser Hinsicht können. Wir wollen eine kräftige Agitation führen in unserem Lande, in dem französischen Arbeiter, den Franzosen überhaupt, deutsch zu machen, daß, wenn die Deutschen nach Frankreich kommen, sie nicht betrachtet werden müssen als Feinde, sondern daß

es Pflicht jedes französischen Arbeiters, ist, in seinem eigenen Interesse des Wiederaufbaues seines Landes, seine Hand zu legen in die Hand des deutschen Kameraden, damit in gemeinsamer Arbeit beide Länder sich wieder erholen können.“

Aus diesen Darlegungen werden die Leser ersehen, daß viele Hindernisse bereits beseitigt sind und die noch vorhandenen Widerstände kapitalistischer und nationalistischer Tendenzen zurückgedrängt werden können, wenn die Einsichtigen haben und besonders drüben es wollen.

Der unmittelbare aus gemeinsamer Arbeit stehende Aufbruch würde uns nicht nur die Abtragung eines großen Teils unserer Verpflichtung ermöglichen, sondern auch zeigen, daß Deutschland guten Willens ist, das mögliche zu tun. Andererseits würde die verführende Kraft der Arbeit die beiden Kulturvölker zueinander bringen, und mit jeder fertiggestellten Wohnstätte würden Haß und Bitterkeit schwinden.

Die Frage der Beteiligung Deutschlands am Wiederaufbau Nordfrankreichs gewinnt daher an Bedeutung. Sie wird zum Prüffeld dafür, ob die Mächtigen der Entente alle Kräfte einschalten wollen, um den friedlichen Wiederaufbau Europas zu ermöglichen, oder ob versucht werden soll, mit den Mitteln der Gewalt aus Deutschland jene Leistungen herauszuholen, die in Paris in Aussicht genommen sind.

In London steht die Ententepolitik am Scheidewege.

Republikanische Regierungsarbeit.

Zur rechten Zeit erscheint: soeben, herausgegeben von der Presseabteilung des Preussischen Staatsministeriums, eine Schrift, die sich „Zwei Jahre Regierungsarbeit in Preußen“ betitelt. Auf Grund amtlichen Materials erfolgt eine Aufzählung all dessen, was in den letzten zwei Jahren in Preußen geschah, um die Republik und die Demokratie zu verankern. Die Schrift geht von den gewaltigen Ereignissen des 9. November aus, an dem ein innerlich längst zermorschtes System an seiner eigenen Unfähigkeit zusammenbrach. Von Interesse ist die Erwähnung eines Protokolls, in dem der bisherige Vizepräsident des Staatsministeriums Dr. Friedberg anerkannte, „daß die faktische Gewalt sich in den Händen des Volkstagsrats des Arbeiter- und Soldatenrats befinde und er sich demgemäß der neuen Regierung fügen müsse“.

Ueber die erregten Ereignisse der ersten Wochen mit ihren mannigfachen Regierungsbildungen, mit dem Ausscheiden der Unabhängigen aus der Regierung und mit der Einteilung der Regierungsgeschäfte unter die Mitglieder der eigentlichen Staatsregierung führt uns das Buch zu dem bedeutungsvollen 13. März 1919, dem Tage, an dem die Verfassunggebende Preussische Landesversammlung zusammentrat. Damit war die Republik Preußen auf demokratischer und parlamentarischer Grundlage errichtet. Der Präsident des neuen Parlamentes Genosse Reinert berief bereits am 25. März auf Grund des § 3 des Gesetzes zur vorläufigen Ordnung der Staatsgewalt in Preußen, dem die Landesversammlung am 20. d. M. zugestimmt hatte, die nunmehr endgültige verfassungsmäßige Regierung zusammen, aus der nach dem Rapp-Wunsch die Genossen Hirsch, Heine und Südekum ausschieden, um durch die Genossen Braun (Ministerpräsident), Severing (Minister des Innern) und Lüdemann (Finanzminister) ersetzt zu werden.

Das Hauptwerk der Preussischen Landesversammlung bestand in der Schaffung einer Verfassung auf demokratischer und republikanischer Grundlage unter Beseitigung des Zweikammersystems sowie in der Festlegung der Kompetenzen des Staatsministeriums. Die preussische Verfassung trägt Spuren ihres Kompromißcharakters an der Stirn. Die Reichsparteien auf der einen wie die Unabhängigen und Kommunisten auf der anderen Seite trugen nach Kräften dazu bei, das Zustandekommen der Verfassung zu erschweren oder gar unmöglich zu machen. Bedenkt man die erbitterten Kämpfe, die im Verfassungsausschuß ausgefochten wurden, so kann man mit dem endlich zustandekommenen Werke zufrieden sein, um so mehr, als in ihm die wichtige Frage: „Groß-Preußen oder Einheitsrepublik?“ im Sinne der letzteren entschieden ist, ohne daß jedoch eine unorganische Zertrümmerung Preußens vorgenommen zu werden brauche. Vom gleichen Geiste sind die Bestimmungen über die Provinzialrechte, die Kreisver-

waltungen sowie endlich das „Gesetz Groß-Berlin“ getragen. Besondere Fürsorge wurde auf die Beamtenfragen verwandt, galt es doch, demjenigen Stande eine erträgliche wirtschaftliche Basis zu verschaffen, der von den ehemals in Preußen herrschenden Parteien in der schlimmsten Weise vernachlässigt worden war. In langwierigen Verhandlungen mußte versucht werden, hier einen Ausgleich mit den durch die Kriegswirtschaft völlig zerrütteten preussischen Finanzen zu schaffen.

Besondere Aufgaben hatte das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung zu erfüllen, war doch hier von den konfessionellen Parteien Preußens sehr gefordert worden. Hier gelang es zum größten Teil die Überstände konservativer Mißwirtschaft auszumergen, den Grundstein für die Einheitschule zu legen, den Kirchenaustritt zu erleichtern, die Kunstfragen im Geiste wahrer Kultur und moderner Freiheitlichkeit zu erörtern sowie manch andere Leistung zu vollbringen, die im Rahmen dieser kurzen Ausführungen nicht zitiert werden kann. Als Anlage finden wir in der Schrift schließlich Proklamationen von besonders welttragender politischer Bedeutung, so die Verzichtsurkunde Wilhelm II. auf die Kronrechte vom 28. November 1918, der Revolutionäraufruf der neuen preussischen Regierung vom 13. November 1918, das Flugblatt vom Tage des Zusammenbruchs der Rappunternehmung usw.

Wir können nicht verlangen, daß die reaktionären Parteien, die alles daran setzten, die Aufbaubarkeit in Preußen zu erschweren, das plötzlich anboten, was sie bisher verbrannt haben. Wir hätten aber erwartet, daß ihre Presseorgane die Schrift wenigstens einer ruhigen Würdigung unterzogen hätten, bevor sie kritisch gegen sie zu Felde zogen. Das war jedoch nicht der Fall: Am Montag mittag um 1/2 1 Uhr gelangte das Buch an die Pressevertreter zur Verteilung. Größtenteils um 1 Uhr befand es sich in den Redaktionen, die gegenwärtige, sozialisches beherrschte Regierung“ hinzustellen. Für diese Art der Berichterstattung gilt das Wort Felix Reuters in der „Stromtid“: „In der Fügigkeit bist du mir über; in der Richtigkeit bin ich dir über.“ Darüber hinaus aber wirkt dieses Verhalten ein sonderbares Licht auf die Einschätzung, die die „Referenten“ dem Urteilsvermögen ihrer Leser zuteil werden lassen.

Die Auszahlung der Teuerungszulagen.

Heute findet die Sitzung des 29er-Ausschusses der Preussischen Landesversammlung statt. Auf der Tagesordnung dieser Sitzung steht außer dem Antrag des Preussischen Finanzministers Lüdemann auf Genehmigung der Notverordnung, die eine sofortige Auszahlung der neuen Teuerungszulagen an die preussischen Beamten ermöglichen soll. Da anzunehmen ist, daß der 29er-Ausschuß sich der Ansicht nicht verschließen wird, daß die für eine Notverordnung erforderliche Dringlichkeit vorliegt, so können die preussischen Beamten schon in den nächsten Tagen auf eine Auszahlung der ihnen zugehörigen Teuerungszulagen rechnen.

Patrioten.

Eine Firma in Rattowitz erhielt kürzlich ein Schreiben der Firma Albert Bartel, Möbeltransport, Berlin, Genthiner Str. 17, das folgendes enthielt:

„Es ist wohl bei der Abstimmung in Oberschlesien damit zu rechnen, daß ein Teil Oberschlesiens an Polen fallen und dieser Umstand ein größerer Anstieg von Deutschausgewanderten die Folge sein wird. Da wir annehmen, daß bei einem größeren Einziehen von Transporten Sie nicht genügend Wagen zur Verfügung haben, erlauben wir uns Sie darauf hinzuweisen, daß wir über einen sehr großen Wagenpark verfügen usw.“

Das Gefühl von Deutschtum dieser Firma scheint ebenso groß zu sein, wie ihr Gefühl für die deutsche Sprache. Ein solches „geschäftsmäßiges“ Verhalten verdient an den Pranger gestellt zu werden. Hoffentlich zahlt die Firma kräftig Beiträge für die Deutschnationale Volkspartei!

Der Prophet.

Von Frieda Rudolph-Staudig.

„Die Zukunft riecht nach Nachten, nach Blut, nach Gottlosigkeit und nach sehr viel Prügelein. Ich rate unseren Enten, mit einer sehr dicken Rückenhand zur Welt zu kommen.“ Diese Worte schrieb Heinrich Heine am 12. Juli 1842 mit dem ihm eigenen, tief-schmerzenden Sarkasmus, und wir, die Enten, stehen erschüttert vor diesem Ruf. Erschüttert aber auch, daß dieser Mann wie kein anderer die Fehler und Schwächen seines Volkes sah, die Selbstbescheidenheit der gekrönten Häupter erkannte und geahnte, fern des Landes in der Verbannung sterben mußte. Es ist schon richtig, wenn das Sprichwort sagt: Kein Prophet gilt was im eigenen Lande. An Heinrich Heine hat es sich bewährt.

Heine sieht 1842 in Paris das Elend, das uns treffen würde, er weiß, der Chauvinismus wird sie alle verschlingen. Was wäre das Ende? Heine schreibt wörtlich: „Es wäre der Krieg, der gräßlichste Zerstörungskrieg, der leider die beiden edelsten Völker der Zivilisation in die Arena rief zu beider Verderben; ich meine Deutschland und Frankreich. England, die große Wasserschlange, die immer in ihr ungeheures Wasserneß zurückziehen kann, und Rußland, das in seinen ungeheuren Wäldern, Steppen und Eisgebirgen ebensfalls die sichersten Verstecke hat, diese beiden können in einem gewöhnlichen politischen Kriege selbst durch die entschiedensten Niederlagen nicht zugrunde gerichtet werden; aber Deutschland ist in solchen Fällen weit schlimmer bedroht.“

Hat es sich nicht aufs furchtbare erfüllt? Müßten wir nicht in tiefer Geschlagenheit vor diesem Geiste stehen, der die Völker 80 Jahre zuvor warnte, sie unterrichtete, wie es kommen wird? Ruß uns nicht ein heiliger Zorn erfüllen, daß diese Prophetie umsonst erklang?

Heine sah aber auch über unsere Zeit hinaus. Ihm ist dieser erschauende furchtbare Krieg nur der „erste Akt des großen Spektakels“, gleichsam das Vorspiel“. Er, der uns rät, mit einer dicken Rückenhand zur Welt zu kommen, verkündet: „Der zweite Akt ist die europäische, die Weltrevolution, der große Zweikampf der Besitzlosen mit der Aristokratie des Besitzes, und da wird weder von Rationalität noch von Religion die Rede sein; nur ein Vaterland wird es geben, nämlich die Erde, und nur einen Glauben, nämlich das Glück auf Erden.“

Soll dieser Ruf an uns vorbeistimmen? Sollen wir wieder in Nacht und Schatten sinken? Auch Heine fragte: „Werden die religiösen Doktrinen der Vergangenheit in allen Sünden sich zu einem verzweiflungsvollen Widerstand erheben? ... Wird gar die alte absolute Tradition nochmals auf die Bühne treten, aber in einem neuen Kostüm und mit neuen Stich- und Schlagwörtern?“ Schon melden sich die Anzeichen dafür! Soll aber das Blut unserer Väter, Männer, Brüder umsonst vergossen sein? Völker, wann erwacht ihr? Deutsches Volk, wann rächst du die Schmach, die man an

deinem Dichter beging? Rede dich auf, daß sich erfülle, was Heine dir vorausgesagt: ein Vaterland, nämlich die Erde, und einen Glauben, nämlich das Glück auf Erden.

Joseph Ruederer: „Die Fahnenweibe“. Hadriaanoooh, das war a heh“. Das Leben ist eine Komödie, und die Komödie will das Leben zeigen. Funken sprühen, Spott leuchtet, Spießer bebden. Euch, Stützen der Gesellschaft, der dörfligen Gesellschaft, ist dies Wort geweiht. Im Hintergrunde aber steht die Moral und lächelt, freut sich, was alles in ihrem Namen geschieht. Eben werden im Himmel geschlossen und auf Erden gebrochen; der Pöhlster aber ist zufrieden, wenn Geld dabei herauskommt. Wenn nur die Dessenlichkeit nicht erfährt, denkt Hochwürden, denkt der Posthalter, denken seine Frau und ihr Liebhaber. Da pläzt die Patrone, die Dessenlichkeit erfährt nun doch und ist erst beruhigt, als man ihr mit neuem Geld das Maul stopft. Das alles wird mit viel Humor und ohne alle Phylitrostik dargestellt. Menschliches, allzu Menschliches geht vor und wird in sprühendem Tempo fast ganz helterem Auges geschaut. Tempo: Das ist es und das selbste leider der im allgemeinen verdienstlichen Aufführung, die der Bildungs-such in Rose-Theater veranstaltete. Diese Komödie muß an uns vorüberziehen, jagen, sprühen, auch auf die Gefahr hin, daß dies oder jenes verloren geht (eine Gefahr, die gerade beim Dialektstück nahe liegt). Ein Sturm muß über die Bühne rasen, und nicht der Mittelakt darf Höhepunkt sein, sondern der Abschluß. Das kam nicht zum Ausdruck, und wir hörten da Worte, wo wir gern Leben hätten sprühen sehen. Es war also nicht ganz a heh, aber es häit a heh sein solln. Gut war Herr Schwarz als Warrter, frei von naheliegenden Liebertrübungen. Prächtig in Mimik seine Schwester Frau Hartmann. Herr Bressert ein verrottelter Bürgermeister, Herr Boff, Posthalter, verlor sich zu sehr in Einzelheiten. Brauchvoll Frau Fuhst als Dorfpiekerin; echt Herr Reister als Wapppatrone (der auch Regie führte). Mit dem bayerischen Dialekt fanden sich die Spielenden im allgemeinen gut ab, wenn er auch mitunter dem ostpreussischen etwas vermandt klang. mp.

Ein neuer Stradivarius? Herr Heinrichs Othhaber lud in den Beethovenaal Geiger, Künstler und Schriftsteller aller Art zu einem Vergleichsspiel zwischen altitalienischen Meistergeigen und den sogenannten Neologeigen. Bekiers mit Othhaber durch seine nach nicht publizierte Erfindung aus gewöhnlichen Marktkaufmännern Instrumenten umgearbeitet haben und erklärt nun, daß die von ihm präparierten Instrumente die Stradivariusgeige an Tonhöhenheit, Größe und Ausgeglichenheit des Tones erreiche oder übertreffe. Othhaber gibt an, vollkommener Autodidakt zu sein und von der Technik des Geigenbaues gar nichts zu verstehen. Er stellt seine etwas dunkle Erfindung als eine Belanglosigkeit, aber immerhin als ein Ei des Kolumbus hin.

Der philharmonische Konzertmeister von der Berg spielte einige Salonstücke abwechselnd auf einem Stradivarius und einer Neologeige. Dazu ist zu bemerken: Der Stradivarius war nicht erfranglich, vor allem nicht groß im Ton, auch wurde nur auf einem einzigen anderen Instrument, dessen Herkunft man nicht kannte, gespielt. Es hätte Wertes doch besonders interessiert, wie lange die Removierung dieses Instruments zurückliegt, denn die Probe auf die Güte eines Instruments kann nicht in einem oder zwei Jahren

gemacht sein. Das Instrument klang zweifellos hervorragend schön; bei der G-Saite hätte man kaum in der Tonqualität einen Unterschied zwischen altem und neuem Instrument feststellen können; sehr schön und edel klang auch die E-Saite, die mittleren Saiten dagegen, besonders in den höheren Lagen, noch etwas stumpf. Jedenfalls handelt es sich hier um Qualitätsgeigen. Doch brauchen die Geigenbauer keine Angst zu haben: die echten Stradivariusgeigen werden immer ihren Marktwert behalten, und es scheint, als ob auch die Neologeigen bezüglich des Preises nicht gerade jedem Sterblichen zugänglich sein werden. R. E.

Für diese neue „Erfindung“ wurde in einem Teil der Presse eine ähnlich unverantwortliche Reskame gemacht wie in einem anderen für die angebliche Atomzertrümmerung des Herrn v. Unruh. Die Presse, die sonst den immer mehr um sich greifenden Über- und Wunderglauben bekämpft, leistet ihm selber großen Vorschub. Stand doch im „Berliner Tageblatt“ zu lesen, daß der Herr Othhaber auf okkultistischem Wege zu seiner Erfindung gelangt sein will. Der Geist des Stradivarius war aber wohl nur der ganz gemeine Reskamegeist. Solange nicht der strikte Beweis erbracht wird, daß irgendeine beliebige Dudenware durch das Geheimnis des Herrn Othhaber umgewandelt wärd, ist mit den Vorführungen nichts demonstriert. Die Red.

Cohengrin in Berlin N. Die Große Volksoper ist auf ihrem Propagandazuge nun auch nach Berlin N. gelangt. Sonntag wurde „Cohengrin“ im Bahallatheater unter großem Andrang des Publikums gegeben und Wagners romantische Jugendoper damit in weite Kreise getragen, die zum ersten Male in den Bann einer ganzen Oper von ihm gerieten. (Die Volksoper bringt mit diesen Veranstaltungen den bündigen Beweis dafür, daß die Kunstpflege dezentralisiert werden muß, um wirklich die Masse zu erfassen.) In musterhafter Ruhe gab sich die Zuhörerschaft Wagners Kunst hin. Wochte der Kenner hier und da Ausstellungen machen, allem Wesentlichen geschah Genüge, und so war der Eindruck ein starker. Die Aufführung unter Selmar Meyrowitz' umsichtiger Leitung verdient in der Tat Lob. Erna Devera (Glanzpoll in Stimme und Spiel als Ortrud), Leo Schühendorf, Eward Habich gaben ihr Bestes. Alfred Goltz hielt als Cohengrin trotz seiner Erhaltung durch. Als Uta wirkte Elfrida Müller vom Mannheimer Nationaltheater mit. Das Publikum konnte begeistert.

Bühnenball. Der von der Pensionatskammer der Genossenschaft Deutscher Bühnenangehörigen veranstaltete Bühnenball findet am 26. Februar im Maximalaal statt. Ein Promenadenkonzert geht voraus.

Kunstchronik. Die Berliner Akademie der Künste plant nach Schluß der jetzt vorbereiteten Veranstaltung „Kunst und Pöde“ eine allgemeine Schwarz-Weiß-Ausstellung. — Zwei der bedeutendsten Privatgalerien Deutschlands, die Dresdener Sammlungen Schimig und Koldewitz, werden jetzt aufgelöst. Eine Anzahl der Kunstwerke der beiden Sammlungen kommt in die Dresdener Galerie, vorläufig als Leihgabe.

Die Sache mit Valkenberg. Am Komödienhaus wird „Die Sache mit Val“ unterbrochen, um War Falkenberg Gelegenheit zu einer neuen Rolle in dem Lustspiel „Das Weite Ländchen“ zu geben. Samabend steigt die Sache. Hoffentlich ist es nicht wieder so ne Sache, die für einen Künstler, der den Eindruck auf „Prominenz“ macht, sozulegen seine Sache (oder doch nur eine Geldsache) ist.

Groß-Berlin

Der haftunfähige Millionenschieber.

In aller Stille ist der vor einigen Wochen verhaftete Brandweingärtner Martin Cohen, der im Verdacht steht, großartigste Schiebung ausgeführt zu haben, aus der Haft entlassen worden...

Festnahme eines Raubmörders.

Vor einigen Tagen wurde der Müller Röperl in Siegen bei Frankfurt a. O. von zwei jungen Burischen überfallen, erschossen und beraubt.

Kommunalbeamte und Landtagswahlen.

Beamte, Angestellte und Hilfskräfte der Stadt Berlin waren gestern sehr zahlreich im Bürgerklub des Rathauses versammelt, um einen Vortrag des Stadtverordneten H. Hermann über die Bedeutung der Landtagswahlen zu hören.

Aus den Reihen der anwesenden Gegner sprachen mehrere Redner gegen die Ausführungen des Referenten, sie wurden aber von den Genossen Engler und Rieffschahl gründlich abgewiesen.

Schweres Blut.

Roman von Jubani Ubo.

Sie öffnete die Luke und setzte sich mit ihrem Strickstrumpf daran. Die alte Badestube, die sie sich als Wohnung ausgebeten hatte, um nicht in dem Hauptgebäude den anderen zwischen die Füße zu kommen...

„Das hat er zu mir auch gesagt.“ „Vielleicht hat er es gesagt, aber er hat es nicht gemeint, denn dein Wuchs ist nicht so zierlich wie mein.“ „Und braucht es auch nicht zu sein.“

der Referent den Versammelten, daß sie nur in der Sozialdemokratie diejenige Partei erblicken könnten, welche sich ihrer Interessen in der ernstesten Weise annahme.

Oeffentl. Wählerversammlungen

Heute, Dienstag, den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr: Schneberg: Abendschule, Kolonnenstr. 22/23. Referent: Gustav Heller, M. d. L.

Oeffentliche Frauenversammlung:

Mariendorf: Aula des Gymnasiums, Kaiserstraße. Referentin: Gertrud Hanna, M. d. L.

Morgen, Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 1/2 Uhr:

Charlottenburg: (Beamtenversammlung) Volkshaus, Rosinenstr. 8. Referent: Gustav Heller, M. d. L.

Neukölln (91. und 94. Abteilung): Rindl-Brauerei, Hermannstraße. Referent: Heinrich Ströbel.

Tempelhof: Gymnasium Kaiserin-Augusta-Strasse. Referent: Friedrich Bartels, M. d. L.

Lichterfelde: Oberrealschule Ringstr. 13. Die Beamten und die Landtagswahl. Referent: Karl Siebel, M. d. L.

Oeffentliche Frauenversammlung:

Buchholz: Bei Hädel, Pafelwalter Str. 67. Referentin: Nina Lodenhagen.

Hausangestellte:

Grünwald: im Stzeum, Siemensstr. 14. Referentin: Luise Köhler, M. d. L.

den Referenten zu widerlegen. Der Verlauf dieser Versammlung läßt auf einen guten Ausgang der Wahl am 20. Februar für die Sozialdemokratie unter der hiesigen Beamtenschaft schließen.

Die Doppelwohnung der Gräfin.

Die breite Masse in ganz Deutschland weiß, daß wir eine große Wohnungsnot haben. Die breite Masse in Berlin ist unterrichtet seit dem Monat Oktober, daß in der Tiergartenstraße eine alte 60jährige Frau, die durch viel interessante Geschichten bekannte Gräfin Wartensleben, eine geborene Schöffers-Beutl wohnt.

Was lag also näher als daß 1. die Oberstaatsanwaltschaft die Angelegenheit untersuchte, und daß 2. das Wohnungsamt von dem ihm durch Gesetz gegebenen Rechte Gebrauch macht, die Wohnung neu zu beschlagnehmen und mit aller Energie die Möbel zwangsweise, wenn nicht anders, herauszufert.

Der Wohnungsamt hat die Wohnung beschlaggenommen als Doppelwohnung (die 60jährige Gräfin bewohnt noch ein Schloß allein mit 3000 Morgen Land), der ablige Dr. von Ruhme verbietet dem Wohnungsamt die Beschlagnahme durchzuführen, denn das Gesetz über Doppelwohnungen sei noch nicht ganz geklärt.

Wohnung die Gräfin als Hauptwohnung betrachtet, die in der Hohenzollernstraße oder die in ihrem Schloß. Die Beschlagnahme war somit aus rechtlichen Gründen aufzuheben.

Gott helfe Deutschland! Arme, arme demokratische Republik, in der man erleben muß, wie einer Gräfin wegen die Gesehe zufällig von einem Herrn von — ausgelagert werden, wie alle übrigen Menschen sie nicht verstehen können.

Schulkunstausstellungen.

Der Bund für Schulkunstausstellungen eröffnete am Sonntag in der Aula des Coblenz-Pantheons die erste seiner Kunstausstellungen, der schon in nächster Zeit weitere in Schulen von Schneberg, Pöthenberg und anderen Stadtteilen folgen werden.

Die Obdachlosen.

Die Belegung des städtischen Obdachs war auch im Monat Januar ungewöhnlich stark. Es wurden im ganzen 60133 Männer sowie 8588 Frauen, zusammen 68720 Obdachlose beherbergt.

Das Bezirksamt des 14. Verwaltungsbezirks

soll am kommenden Montag gewählt werden. In der letzten Bezirksversammlung wurde vom Neumerausschuß berichtet, daß als Bürgermeister Genosse Scholz, als dessen Stellvertreter Radtke (M.S.P.), als Stadtmittelrat Genosse Dr. Silberstein, als

Der unbesoldete Stadtrat Dr. Karl Biser ist nach längerer Krankheit erstorben. Er ist im vorigen Jahre auf die Vorsitzendstelle der Deutschnationalen Fraktion gewählt worden.

Die Milchlieferung. Am Dienstag, den 8. Februar, erhalten die 1/2-Liter-Krankenfalten keine Milch, die 1/2-Liter-Krankenfalten werden voll beliefert.

habe ich mich jahrelang in meinem Speicher eingetiegt, dem dort bin ich an den Hals geflogen wie eine Fledermaus in ein weißes Tuch. Hier bin ich, flügellos, in ihrer schlechtesten Hütte, des Lofes der Weiblichen gewärtig, ich, die ich immer noch dort in meinem eigenen Hof, in dem zusammen mit dem anderen aufgebauten, sein, als Wirtin schalten und walten könnte, und Juha erfüllte mir auch das kleinste Gelüst.

„Naja kam wieder und brachte in ihrem Schoß warme Pasteten. Als ob sie etwas erraten hätte, ließ sie Marja von ihrem früheren Leben erzählen.“ „Wie war der, dem du zuerst gehörtest?“ „Wie er war? Er war so einer, viel älter als ich.“

Der Raubmord an der Hausbesitzerin Beethy

Ist nun soweit geklärt, daß die Kriminalpolizei die beiden Täter namens Umbacher und Braatz dem Untersuchungsrichter in Moabit vorführen kann. Nach ihrer Anklage hatten sie zunächst einen anderen Plan, um sich Geld zu verschaffen. Die Heiratsanzeige des „Ingenieurs“ sollte die Täter mit einer Heiratslustigen mit einem wertvollen Schmuckstück in Verbindung bringen. Der „Ingenieur“ sollte dann die Dame in ein Theater oder in ein Kino führen und die Kleidermarke in Verwahrung nehmen. Dem Helfer Beethy, der sich in der Nähe aufhalten sollte, sollte er die Karte heimlich mitgeben, so daß er während der Vorstellung mit dem Schmuckstück verschwinden konnte. Der „Ingenieur“, der den Mitbestehenden spielen sollte, wollte den Erbsi mit ihm teilen. Dieser Plan scheiterte daran, daß Beethy keinen wertvollen Schmuckstück besaß. Dagegen hatte sie Schmuckstücke, und diese sollten den Verbrechern jetzt das Geld liefern. Darnach mußte der Plan geändert werden.

Die weltliche Schule in Lichtenberg. Die 17. Gemeindefschule in Lichtenberg hielt am 31. Januar ihre auf belagte Elternversammlung ab. Der Referent, Lehrer Schulze, sprach über die weltliche Schule. In Lichtenberg ist die Frage der weltlichen Schule akut geworden. Viele Eltern befehlen ihre Kinder nicht vom Religionsunterricht aus Gleichgültigkeit, aus Angst vor Nachteilen und aus Genußbedenken. Der Referent verlangte die weltliche Schule, um den Genußunterricht zu beseitigen. Der Referent, Vizepräsident Freylich, wußte Erziehung der Kinder im Sinne der Eltern. Er hält die Moral nicht für angeboren, das Gute liegt nicht im Menschen, sondern müsse in ihm erst ergraben werden. Der Referent kennzeichnet seinen Standpunkt, daß man ohne Religion nicht leben könne und verlannte für Christen das Recht, Schulen in religiösem Sinne einzurichten. In der Diskussion betonte Rektor Braatz, daß die Verfassung die weltliche Schule gewährt, darum seien Einheitschulen mit geschichtlichem Religionsunterricht zu verlangen. Die Bemerkung eines Diskussionsredners, daß die Religionschulen allein richtig seien, erregte starke Heftigkeit. Eine Resolution im Sinne der weltlichen Schule wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Das Parallelklassensystem in den Berliner Gemeindefschulen soll abgebaut werden. Beabsichtigt ist die Wegnahme der Parallelklassen, so daß Einklassungen dann nur noch zu Ostern erfolgen würden. Dieser bereits vor längerer Zeit vom Stadtschulrat Fißler entwickelte Plan wurde damals im „Vorwärts“ unter Hinweis auf manche Bedenken erörtert. Jetzt wird bekannt, daß Reichsrats 1921 mit der Ausführung begonnen werden soll. Hierzu hat die Freie Lehrerergewerkschaft Ortsgruppe Berlin folgende an die Berliner Schulpflichtgesetzgebung gerichtete Erklärung beschlossen:

Die Freie Lehrerergewerkschaft Ortsgruppe Berlin lehnt mit Entschiedenheit die Vorschläge von Stadtschulrat Dr. Fißler und Stadtschulinspektor Engel (enthalten in ihrer Schrift „Welche Maßnahmen sind nötig, um für die nächsten Jahre den durch starke Abnahme der Zahl der einzuschulenden Kinder gefährdeten Ausbau unserer Gemeindefschulen zu sichern?“) ab. Sie verlangt, daß die Frage der einmaligen Einklassung einheitlich für höhere und Gemeindefschulen in der Zentralschuldeputation von Berlin zur Beschlussfassung komme. Die Freie Lehrerergewerkschaft steht in der einmaligen Einklassung einen Vorzug unter der Voraussetzung, daß kein Schulcaum freigegeben wird, keine Erhöhung der Klassenfrequenz stattfindet, das Schuljahr in 3 Termine eingeteilt wird und die Ferien auf den Sommer zusammengehoben werden.

Religions- oder Moralanterricht? Mit der praktischen Lösung dieser Frage beschäftigt sich die zur Frage menschenwürdiger Religion und Herbeiführung interkonfessioneller Verständigung gegründete Arbeitsgemeinschaft. Sie hat unter Leitung Dr. Bruno Wille's Namenunterzeichnung eingeleitet, die für Kinder, die von konfessionellen Religionsunterricht befreit sind, als Ersatz gelten sollen. Nächste Unterrichtswoche: Sonntag, 12. Februar, 5-6 Uhr, Altmarkt 9/10, Juchacz, besonders solche, die später den Unterricht selbst erteilen möchten, willkommen! Näheres von der Verwaltung der Arbeitsgemeinschaft, W. Wille, Weißbergstr. 29.

Kein Mangel an „geistiger Kraft“. Zu der von uns veröffentlichten Mitteilung, daß der letzte erzielte Ausbruch aus dem Zuchthaus zu Brandenburg darauf zurückzuführen sei, daß die Strafgefangenen über die Entziehung der geistigen Kraft unzufrieden waren, schreibt uns der Bürgermeister Dr. Caspari aus Brandenburg:

Als Vorsitzender des Beirats für die Strafanstalt habe ich Veranlassung genommen, mit den inszwischen wieder sämtlich eingekerkerten Strafgefangenen über die Gründe für ihren Ausbruch zu sprechen. Sie haben mir erklärt, daß weder schlechte oder ungenügende leibliche noch entzogene geistige Kraft Ursache für ihren Ausbruch waren. Nachdem zwei Mann durch Zerlegen von Eisenstäben der Fenster den Weg ins Freie gefunden hatten, sind mehrere der Strafgefangenen, die dies sahen, ihnen gefolgt. Es ist nicht wahr, daß in dieser Anstalt den Sträflingen die geistige Kraft entzogen worden ist. Ich habe mich davon überzeugt, daß der Direktor der Strafanstalt durch Ueberweisung von Büchern und Zeitungen für Unterhaltung und Belehrung der Gefangenen sorgt, soweit seine Dienstvorschriften dem nicht entgegenstehen.

Jugendvorträge in Weich. Am 16. d. M. werden vom Lehrer Anzenberger in der Aula der I. Gemeindefschule Weich, Caspary 137, zwei Vorträge veranstaltet werden.

Der Vertrauensmann der Gesellschaft für Volkshilfe, Dr. H. Hansen, wird unter Mitwirkung von Fräulein Alice Klassen (Belang) und Herrn Karl Müller (Königsberg) folgende Vorträge halten: 1. Um 3 Uhr nachmittags für Schulkinder bis zum 12. Lebensjahr einen Bildbühnenvortrag „Am Norden und in der Heimat“. 2. Um 7 1/2 Uhr abends für Schulkinder der Oberklassen und Jugendlichen einen Vortrag „Am Jugendmorgen im Rhein“ (120 Lichtbilder). Der Verkauf wird auch den Eltern anvertraut empfohlen. Eintrittskarten für beide Veranstaltungen sind im Vorverkauf durch die Schulen und durch das Jugendamt zu beziehen.

Filmschau.

Sportpalast: Ari-Ari. Je-Ka-Fi.

Ari, sprache Vollenberg; Ari, Ari, Ari, wenn er dabei wäre! (Weil nämlich seine prächtige Partitur, Frau Werbeitz, dabei ist.) Die geliebte als Himmelskinderwächter ist lieb, beinahe wie der liebe Gott selbst, nur nicht so streng. Eine hübsche Lustspielidee wird teils fast märchenhaft verarbeitet. Warum nicht immer so? Zweideutigkeiten fördern. Besüßelte Engelchen und Mährchen für das Verbalten beim... man erpäre mir das Weitere. Immerhin, die Nachmenschelung war einseitig. Namen: Hans Junkermann, Eva Mara, Eugen Wura. — Je-Ka-Fi ist kein Import aus Neerland, auch kein Kollisionsparnapparat, nicht einmal Name einer Ringdittin. Es heißt nur: Jedes kann flüchten. Und das tut jeder. Oder doch fast jeder (ich nicht). Man hat einen Vor und hinter die Kulisen und wurde nicht einmal enttäuscht, weil man es sich so schon immer gedacht hätte. Doch es war recht lustig. Besonders scheinbar die Antrittsnummern (meinte das Substitut). Etwas habe ich mir gemerkt: Wenn man jemand einschleift, schmeißt man einen Stuhl um. Beobacht, mein ich nicht, da man's doch nicht hört. Aber es ist so; mein Wort darauf; man frage den Regisseur. — Nachdenkliche Schlussbemerkung: Die Entwendung führte vom Varietè zum Kino; führt sie jetzt vom Kino zum Varietè?

„Schieber.“ Die Richard Oswald Lichtspiele bringen die Premiere der „Schieber“ nach dem Roman „Hau Wanda Bergangenheit“ von Edm. Uhl, vom Verfasser selbst verfilmt. Ein Berlin-W. Drama aus dem Kreise der „Schieber, Spieler und sonstiger nicht greifbarer Dandies; alle Szenarien zusammengekauft, ohne einen Versuch, das Drama zu verstehen, aber mit dankbaren Schauspielern. Albert Siewers als charakteristischer Schieber, auch erher Stelle genannt werden; ihm ebenfalls zur Seite Hermann Giese und Olga Kupler; auch die hübschen Darstellerinnen sind zu nennen. Die weibliche Hauptrolle der Frau Wanda Bergangenheit, und sie hat ihre ganze lebenswürdige Kunst auf, einem den Tug der Berliner keinen Mädchen, das sich allen Situationen anpassen vermag, menschlich näherbringen.

Groß-Berliner Parteinarichten.

Heute, Dienstag, den 8. Februar:

121. Abt. (Karlshorst), 7 1/2 Uhr bei Frau, Teesowolke, Mitglieder- versammlung.
Jungsozialisten: Gruppe Nollendorf, 7 1/2 Uhr bei Schenker, Simpfon- straße 44, Dorotheenb.

Morgen, Mittwoch, den 9. Februar,

Mitgliederversammlungen abends 7 Uhr:

1. Abt. Dingsmach, Kommandantenstr. 33. „Moskau oder Genf?“ Referent: H. Boig.
2. und 4. Abt. „Nationalhof“, Wilhelmstr. 37. „Auswärtige Politik.“ Referent: Robert Schuler.
3. Abt. Arndt-Beckhau, Belle-Alliance-Str. 33. „Landtagswahlen.“ Referent: Alfred Thomas.
4. Abt. Bardenhauer, Brunnen, Fildischtr. 13. Referent: Hermann Müller.
5. Abt. Blicher-Göde, Miltnerstr. 61. „Erziehung zum Sozialismus.“ Referent: Lehrer Schieber.
6. Abt. Rades, Fildischtr. 23. Referent: Stadtrat Conrad.
7. Abt. Blicher, Curtstr. 11.
8. Abt. Giesing, Westertorstr. 33. Referent: Karl Henschel.
9. Abt. Genschow, Engelstr. 14. Coal 3. „Amerika und Deutsch- land.“ Referent: Conrad C. Gmann.
10. Abt. Schiller, Fildischtr. 1. „Verwaltungsreform.“ Referent: Robert Kohl.
11. Abt. 2. Handwerkerstr. 1. „Geschichte und Wesen des Sozialismus.“ Referent: Dr. H. Schütte.
12. Abt. Gula der 17. Gemeindefschule, Hohenlohestr. 18. „Moskau oder Amsterdam?“ Referent: Erwin Barth.
13. Abt. Schulze, Rittowstr. 13. „Die politischen Parteien in Deutsch- land.“ Referent: Erich Rautner.
14. Abt. Schulze, Samowitzerstr. 13. „Die politische Lage.“ Referent: Wilhelm Krambrock.
15. Abt. Schulze, Teichbagger Str. 4. „Sozialdemokratie im Landtag.“ Referent: Franz Krüger.
16. Abt. Müller, Kollnseeufer 133, Paradesingarten. „Das Mittel der Einheit und die Arbeiterfrage.“ Referent: Robert Henschel.
17. Abt. Fildischtr. 13. „Große Fragen der Sozialdemokratie.“ Referent: Dr. Alfred Giermer.
18. Abt. Schulze, Rittowstr. 13. „Sozial- und Kapitaldemokratie.“ Referent: Max Harnack.
19. Abt. Schulze, Christburger Str. 14. „Abfindung der Hohenloher.“ Referent: Eugen Schuler.
20. Abt. „Mittlerstr.“, Wilschhäuser Str. 133. „Landtagswahlen.“ Referent: Gula Hül.
21. Abt. Schulze, Ruppiner Str. 43. „Die Aufgaben der Sozialdemo- kratie in der Zukunft.“ Referent: Otto Fildischtr.
22. Abt. Schulze, Schönhauser Str. 106. „Deutschland und die Ein- teile.“ Referent: Willi Wobus.
23. Abt. Schulze, Senefelder Str. 8. „Hohenloherabfindung und Sozialdemokratie.“ Referent: Arthur Hül.
24. Abt. Schulze, Pappelallee 41/2. „Wirtschaftspolitik.“ Referent: Simon Krambrock.
25. Abt. Schulze, Schönfleter Str. 7.
26. Abt. Schulze, Sonnenburger Str. 38. „Die politische Lage.“ Referent: Rudolf Hermann.
27. Abt. Schulze, Oranienstr. 13. „Landtagswahlen.“ Referent: C. Buchholz.
28. Abt. Schulze, Brunnen Str. 39/40. „Jugend und Sozialismus.“ Referent: Erich Jansen.
29. Abt. Schulze, Dorotheenstr. 34. „Landtagswahlen.“ Referent: Dr. Ostrowski.
30. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Kulturpolitik und Landtags- wahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
31. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
32. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
33. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
34. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
35. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
36. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
37. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
38. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
39. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
40. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
41. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
42. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
43. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
44. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
45. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
46. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
47. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
48. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
49. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
50. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
51. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
52. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
53. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
54. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
55. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
56. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
57. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
58. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
59. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
60. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
61. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
62. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
63. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
64. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
65. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
66. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
67. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
68. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
69. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
70. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
71. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
72. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
73. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
74. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
75. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
76. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
77. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
78. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
79. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
80. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
81. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
82. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
83. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
84. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
85. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
86. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
87. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
88. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
89. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
90. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
91. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
92. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
93. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
94. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
95. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
96. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
97. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
98. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
99. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.
100. Abt. „Kollnseeufer“, Teichbagger Str. 33. „Sozialdemokratie und Landtagswahlen.“ Referent: Gernot Wobus.

wurden nach dem Bericht des Arbeitsamtes nur noch 272 Schuh- betriebe mit insgesamt 12 551 Arbeitnehmern gezählt. Diese letzten Angaben sind jedoch nicht ganz zutreffend, da es schwer fällt, die Betriebe sofort nach ihrer Stilllegung zu ermitteln. Die Zahlen des städtischen Arbeitsamtes dürften daher eher zu hoch als zu niedrig bemessen sein.

Im Monat Dezember mußten 25 Betriebe mit insgesamt 635 Arbeitern Kündigungen aussprechen. 89 Betriebe mit 553 Arbeitern, die teils eingeschränkt, teils voll beschäftigt waren, mußten infolge Abschaltung der fertigen Schuhwaren in den Monaten November und Dezember stillgelegt werden. 73 Betriebe mit 1170 Arbeitern, die bis dahin unter 47 Stunden in der Woche gearbeitet hatten, mußten in der gleichen Zeit weitere Einschränkungen vornehmen und Arbeiter entlassen. Mit den letzten Zahlen kommt die gegenwärtige Krise zum Ausdruck, wobei nicht unerwähnt bleiben darf, daß im Dezember 8 Betriebe mit 125 Arbeitern die Arbeit wieder aufgenommen haben und 15 Betriebe mit 151 Arbeitern, die bisher eingeschränkt gearbeitet hatten, die Beschäftigung weiter ausdehnen konnten.

Der Bericht des städtischen Arbeitsamtes gibt endlich Auskunft über die Lage der Hilfsbetriebe im Schuhgewerbe von Pirmasens. Beschäftigte Auspuherer wurden Ende Dezember 37 mit insgesamt 327 Arbeitern gezählt. In der Abgabefabrikation arbeiteten zu der gleichen Zeit 14 Betriebe mit 101 Arbeitern, in der Hinter- fassfabrikation 6 Betriebe mit 37 Arbeitern und als Befassfabriken 6 Betriebe mit 22 Arbeitern.

Ueber die allgemeine Lage im Schuhgewerbe bleibt weiter zu berichten, daß im Laufe des Monats Januar sich die Krise weiter verschärft hat. Ruhesten doch nach einer Teilung des Arbeits- amtes in der letzten Januarwoche einschließlich der Arbeiter vom Lande 2400 Erwerbslose der Fürsorge zugeführt werden.

Verkehrserschwerung in Deutschösterreich. Mit Rücksicht auf den Stand der Kohleneingänge und den gegenwärtig etwas größeren Umfang des Güterverkehrs hat die deutschösterreichische Staatsbahn- verwaltung eine Einschränkung des Güterverkehrs bis zum 12. Februar verfügt und nur die Beförderung bestimmter Güter, darunter von Lebensmitteln und Brennstoffen, zugelassen. Im Verkehr mit der Tschechoslowakei und im Verkehr aus Deutsch- land bestehen keine Beschränkungen. Der übrige Auslandsverkehr wird bis zum 12. Februar ganz eingestellt.

Amerikanische Auslandskredite. Die amerikanische Kriegsfinanz- bank (War Finance Corporation) — nicht zu verwechseln mit dem neuen Institut zur Finanzierung des Außenhandels — stand vor ihrer Auflösung, hat aber auf Betreiben der amerikanischen Farmer ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. Sie erteilt zunächst ihre vorläufige Zustimmung zu einem Kredit von 10 Mrd. Dollar zur Finan- zierung der Ausfuhr kondensierter Milch und ähnlicher Erzeugnisse nach Europa.

„Staatsbankrott oder sozialdemokratische Steuerpolitik.“ Unter diesem Titel erscheint soeben im „Vorwärts“ Verlag eine Strei- kschrift von Gustav Petersmann (Preis 1.50 Mk.), der sich ent- schieden für die Durchführung der von den Sozialdemokraten in der Reichsregierung verfolgten Steuerpolitik einsetzt. Er zeigt die wirt- schaftlichen und politischen Voraussetzungen der Finanzwirtschaft nach dem Kriege; ausführlich geht er auf die Notwendigkeit der Befäh- tigung der Arbeiter ein und kennzeichnet dabei das Verhalten der Reichs- regierung als schädlich für die Erfassung des Vermögens gewahrt. Die volkswirtschaftliche Schere und das umfangreiche Lastenmaterial machen das Wachstum für Zwecke der Agitation besonders bei den bedürftlichen Bahnen recht geeignet.

Erhöhung des Notenumlaufs. Nach dem Ausweis der Rechs- bank vom 31. Januar hat sich der Umlauf von Banknoten und Dar- lehnsscheinen während der vierten Januarwoche wieder vergrößert, und zwar um 562,4 Mill. Mark, nachdem in den ersten drei Wochen des Monats Rückflüsse in Höhe von insgesamt 3439,4 Mill. Mark ausgewiesen worden waren. Im einzelnen mußte der Banknotenlauf diesmal um 602,4 Mill. Mark auf 66 620,8 Mill. Mark ausgedehnt werden, während sich der Darlehens- lauf durch Rückflüsse in Höhe von 40 Mill. Mark auf 11 340,5 Mill. Mark verminderte.

Aus aller Welt.

Ein belgischer Bankdirektor als Geldschmuggler.

Nach einer Meldung des „Echo de Rhin“ aus Aachen, ist am Donnerstag an der deutsch-belgischen Grenze von der Grenz- wache ein Kutscher angehalten worden, in dem der Di- rektor der Bank von Verdiers sich befand, die in Aachen eine Zweigstelle unterhält. Dabei sollen bedeutende Summen beschlagnahmt worden sein. Da außerdem die Papiere der Reisenden nicht in Ordnung waren, habe die deutsche Schutzwache den Direktor, seinen Sekretär und Chauffeur fest- genommen, später aber wieder freigelassen, den Direktor aber nur gegen Stellung einer Kaution von einer Million Mark.

Raubüberfall auf ein Postamt.

Letzter, 7. Februar. In Iraben- Irarbach an der Mosel drangen in der vergangenen Nacht drei maskierte Männer in das Postamt ein und raubten 180 000 Fr. an barem Gelde und Postwertzeichen. Der anwesende Nachtwächter wurde durch Drohungen in Schach gehalten.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Republikanischer Jugendbund (Bez. 9). Heute abends 7 Uhr Vortrags- versammlung. 41. Schloßstraße. — Ortsgruppe Centrum heimattreue Oberklasse. Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses, Wilmersb. 41. Festabend. Theatervorführung unter Mitwirkung namhafter Künstler, anschließend Konz. Der Ueberzug soll für Unterstützungsbefähigte der Ortsgruppe verwendet werden. Einschulungen sind zu haben in der Schloßstraße, Bez. 9, und an der Wilmersb. — Deutscher Schachverband der Schachspieler. Am Donnerstag, den 10. Februar, abends 7 Uhr, in der Markstr. 49. Monatsversammlung. Vortrag des Herrn Doppen. Tischtennis aufgestellt. Gäste willkommen.

Sport.

Das Schachturnen des Nordbezirks der Freien Turnerschaft hatte eine Ueberfülle von Turnern und Gästen zusammengeführt, so daß sich die Turnhalle als zu klein erweist. Beim Einmarsch bildeten die Männer, Jugendlichen und Knaben durch die lange Reihe fast ein geschlossenes Dool, so daß bei den Freübungen die jeweils nicht be- teiligten Turner die Halle verlassen mußten, um den zahlreich be- teiligten nicht die Aussicht zu versperren. Nach den gut durchgeführten Freübungen der Knaben und Hantelübungen der Männer und Jugendlichen teilte der Bezirksvorsitzende in einer kurzen Ansprache mit, daß der frühere T.-Sp.-Verein Norden den Anschluß an die Freie Turnerschaft begrüßt und sich in guter Aufwärtsentwicklung befinde, so daß hoffentlich bald die Eröffnung einer Frauen- und Mädchenabteilung in der Turnhalle Schönfleter Straße erfolgen könne. Das Klagen- und Rürturnen brachte das Anfänger- und Rürturnen in vorzüglicher Weise zum Ausdruck, anschließend folgte eine Ballkastette der Jugendlichen und Verteilung von nachträglichem Wein- und Bierpräsenten an die Kinder. Hingewiesen sei noch darauf, daß außer in der Schönfleter Straße (Schönhauser Viertel) noch Turnabteilungen für Männer, Frauen, Jugendliche und Kinder in der Demminer Straße 27 (Brunnendiertel) vielseitige Gelegenheit zu Turnen und Sport bieten.

Wirtschaft

Die Krise im Schuhgewerbe von Pirmasens.

Man schreibt uns: Vom Arbeitsamt der Stadt Pirmasens, dem Hauptort der deutschen Schuhindustrie, wird gegenwärtig ein Bericht ausgearbeitet, der einen ziemlich zuverlässigen Ueberblick über die Lage des Schuhgewerbes von Pirmasens am Schlusse des Jahres 1920 verleiht. Um die Einwirkungen der Krise besser zu veranschauli- chen, schicken wir einige Zahlen voraus, die anderen Quellen ent- nommen sind. Nach dem letzten Jahresbericht des Fabrikanten- vereins Pirmasens waren am 1. Januar 1920 bei der Orts- frankenkasse der Stadt Pirmasens 515 Schuhbetriebe mit ins- gesamt 14 478 Arbeitnehmern gemeldet. Vor dem Kriege wählten sich in Pirmasens 208 Betriebe der Herstellung von Schuhwaren. Während der höchsten Blüte des Schuhgewerbes von Pirmasens, also bis zur Märzkrisis des Jahres 1920, wurden sogar 630 Schuhbetriebe gezählt. Am 1. November 1920 hatte sich die Zahl der Schuhbetriebe auf 415 vermindert. Ende Dezember 1920

Gerichtszeitung.

„Schlebergeschäfte.“

Auf der Anklagebank der Strafkammer des Landgerichts I hatte gestern der Reisende Reinhold Kobs Platz zu nehmen, der einem Konsortium von acht Personen angehörte, die in sehr raffinierter Weise Leute, die zu Schlebergeschäften geneigt sind, um sehr beträchtliche Summen geprellt haben. Einem Bäckermeister in der Beußelstraße, dem er sich als Magistratssekretär vorstellte, hat er 18 Sack Zucker zum Verkauf an. Er erklärte, es handle sich um Mehlzucker, die aus einem Speicher am Humboldtthor abgeholt werden könne. Als der Bäckermeister, der das Geschäft gern machen wollte, dort eintraf, fand er außer dem Herrn Magistratssekretär noch ein angebliches Magistratsfahrwerk und zwei Männer vor, die sich als Richter bzw. Magistratskassierer ausgaben. Der Angeklagte übergab ihm dann eine mit Magistratsstempel versehene Anweisung auf den Zucker, empfing dagegen den Betrag von 16 200 M. und fand Gelegenheit, mit seinen Komplizen spurlos zu verschwinden. In anderen Fällen wurde dasselbe Kunststück gegenüber anderen Personen ausgeführt, die nach dem Nordbahnhof, dem Anhalter Güterbahnhof u. s. w. bestellt wurden, um Spirit oder Hofer oder Zucker auf dem Wege des Schleichhandels in Empfang zu nehmen. Sie alle sind ihr Geld losgeworden und die Gauner haben im ganzen über 70 000 M. erbeutet. Schließlich wurde der Angeklagte zur Strafe gebracht, als er versuchte, in einem weiteren Betrugsfälle 91 000 M. zu erbeuten. Er fiel nämlich einem Ueberwachungsbeamten der Reichszuckerstelle Vorhitz in die Hände. Diesem war mitgeteilt worden, daß angeblich 400 Zentner Zucker verschoben werden sollten, und er ließ sich scheinbar auf das Geschäft ein. Er wurde nach dem Ostbahnhof bestellt und es wurde ihm bedeutet, daß er in einem dortigen Restaurant auf den Sekretär der Verteilungsstelle warten solle, der ihm die nötigen Freirabescheine übergeben würde. Es sollten 140 Zentner Zucker zum Preise von je 750 M.

pro Zentner geliefert werden. Dann erschien der Angeklagte, der in einzelnen Fällen zur Umwechslung auch als Eisenbahnsekretär fungiert hatte, diesmal wieder als „Magistratssekretär“ auf der Bildfläche, um gegen Hingabe der Freirabescheine das Geld im Betrage von 91 000 in Empfang zu nehmen. Vorher hatte sich zu dem Angeklagten nach ein Mann, der sich als „Bäckermeister der Verteilungsstelle“ gerierte, und ein angeblicher Richter gestellt, die aber schon verschwunden waren, als Herr Vorhitz den Angeklagten festnehmen ließ. Die Komplizen des letzteren sind leider unermittelt geblieben. Das Urteil lautete auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis.

Berliner Bauunternehmer auf der Anklagebank.

Der schon angekündigte Niefenprozeß, bei dem es sich um jahrelang zurückliegende Vorgänge auf dem Baumarkt handelt, begann gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Kehn. Der Hauptangeklagte, früherer Bauunternehmer Eugen Sievers, der in dieser Strafsache mit Unterbrechungen im ganzen 3 1/2 Jahre in Untersuchungshaft saß, ist angeklagt, in den Jahren 1907 bis 1912 durch acht selbständige Handlungen die verschiedensten Personen um Beträge von 50 000, 100 000, 150 000 Mark bis hinan zu einer Million Mark geschädigt zu haben. Der zweite Angeklagte, Kaufmann Julius Kluger ist der Beihilfe in verschiedenen Fällen beschuldigt. Architekt Kurt Berndt ist der Beihilfe zur Untreue angeklagt. Der vierte Angeklagte ist der Kaufmann Benno Ebert, der Beihilfe zum Betrugsgehilfe haben soll. Als Zeugen sind circa 70 Personen geladen, als Sachverständige fungieren ein Dutzend Bauingenieure, Architekten, Buchhalter, Buchhalterinnen usw. — Der Angeklagte Sievers, ein Mann ohne Vermögen, der auch schon den Offenbarungseid geleistet hat, hat das Kunststück fertig gebracht, in ganz ungeheurem Umfange Baugeschäfte zu machen. Er ist ursprünglich Kaufmann gewesen, kam dann als Geschäftsführer eines Bauunter-

nehmers in das Getriebe des Baugeschäftes hinein, und als dieses Bauunternehmen in Konkurs geriet, betrieb er selbst das Baugeschäft in großem Umfange. Er hat in verhältnismäßig kurzer Zeit acht Grundstücke mit einem Kaufwert von circa 6 Millionen Mark erworben und noch und nach acht bis neun Gesellschaften m. b. H., u. a. auch die Baugesellschaft Bülowstraße 6, m. b. H., gegründet, die zum großen Teil in Konkurs geraten sind. Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte beim Ankauf von Häusern und Baugrundstücken die von ihm geschädigten Verkäufer veranlaßt habe, im Kaufvertrage einer demnächst aufzunehmenden Baugelderhypothek in Höhe von sechs Zehntel der Lage zur Erhöhung zwecks Bebauung der Grundstücke den Vorrang vor den hypothetisch eingetragenen Restkaufgeldern einzuräumen. Er soll aus den Prioritätshypotheken und den ihm von mehreren Banken gewährten Krediten erkleckliche Summen in die eigene Tasche haben fließen lassen. Er soll es auch verstanden haben, sich unverhältnismäßig hohe Zinsen zu verschaffen. Bei der Substantiation der Grundstücke sind dann die Verkäufer mit ihren Restkaufgeldern ausgefallen. Er bestreitet seine Schuld, ebenso die drei Mitangeklagten. Kluger erklärt sehr energisch, daß er zwar bei dem Angeklagten Sievers, dem er Erbhöhenwahn vorwirft, Angeklagter war, sich aber ausschließlich mit den Vermietungen zu beschäftigen hatte während er mit der Finanzierung gar nichts zu tun hatte. Auch der Angeklagte Kurt Berndt bestreitet durchaus, sich strafbar gemacht zu haben. Er hatte feinerer ein sehr umfangreiches Architekturbüro mit einem Bureau, in dem zahlreiche Personen beschäftigt waren. Er sei, wie er bekundet, in einer riesigen Arbeitslast sehr verwickelt gewesen und habe sich natürlich nicht um jede Kleinigkeit kümmern können. Er habe für den Angeklagten Sievers lediglich Bauten auftragsgemäß ausgeführt, sei aber gar nicht in der Lage gewesen, irgendwelche finanziellen Transaktionen des Sievers nachzuprüfen. Die Verhandlung wird voraussichtlich über 8 Wochen dauern, wöchentlich wird an 4 Tagen verhandelt werden. Wir werden am Schluß des Prozesses das Urteil bekanntgeben.

GEBR. WOLFF & KELLER

BERLIN W8
Leipziger Str. 29

WEKA-HAUS
Ecke Friedrichstr.

Aus dem reichhaltigen Lager unserer Spezial-Abteilung für vornehmste Herren-Wäsche-Ausstattungen.

**OBERHEMDEN
PYJAMAS
KRAGEN
KRAWATTEN
STRÜMPFE
TRIKOTAGEN**

**7 Tage
Sonderverkauf**
von
Montag, d. 7.
bis einschl. Freitag, d. 11. Febr.

**ERSTKLASSIGE
HERRENSTOFFE**
stehen in sehr großen Partien für
Anzüge, Ulster, Damen-Kostume u.
Damen-Mäntel meterweise z. Verkauf

SERIE 1	SERIE 2	SERIE 3
140cm br das Meter	140cm br das Meter	140cm br das Meter
87.-	107.-	127.-

Zum Verkauf kommt
AUSSCHLIESSLICH QUALITÄTSWARE
ohne Rücksicht auf den bisherigen Preis!

Am Freitag, d. 4. d. Mts., abends 7 1/2 Uhr, endlich nach langem schweren Leiden meine liebe Frau, unsere gute Mutter

Hedwig Koblenzer
geb. Kamenskij, verw. Schwabe 1143
im 50. Lebensjahre.

Um stillen Beileid bittet
Carl Koblenzer
Ema Koblenzer
Margarete Schwabe

Berlin, 7. Februar 1921.
Goleplige Straße 35

Die Beerdigung findet am Mittwoch, d. 9. 2 1921, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Beinhalle des St. Georgen-Kirchhofs in Weihen-see, Rützelstraße, aus statt.

Elegant und billig

sind meine wunderbar gearbeiteten, für Damen und Herren zu tragenden modernen **Double-Kettenarmbänder**

mit reizendem, doppelt geschnittenem Verschluss. Unmöglich mit dem bloßen Auge von Gold zu unterscheiden. Ein vornehmes, hochparies Geschenk für jede Dame, jeden Herrn, die Stierde eines jeden Armes.

Ich bin voll, noch in der Lage, erprobtes Prachtstück zu dem Ausnahmepreis von 24.98 zu versenden. Verzögern Sie nicht die Bestellung, Bewunderer sind zill.

Veranda erfolgt an mir unbekannt Personen nur gegen Vorauszahlung des Betrages.

Heinr. Schmidt Verandhaus Kunstvoller Juwelier
Duisburg, Postfach

Kaufen Sie

DIXIN
von Henkel

bestes
Seifenpulver

Preis Mk. 2.25 das Paket.

Ausschließliche Fabrikanten:
Henkel & Cie., Düsseldorf.

Spezial-Arzt Dr. Glitte für alle Geschlechts- Haut-, Horn-, Frauenleiden, herabwürdige Ausfälle, Ausschlag, Rannschwäche, Syphilis - Nachweis in allen u. zweifelhaften Fällen durch Blutuntersuchung. Rom, Neu u. Silber-Golden-Ruten. Separates Damenzimmer. Im Alteren Aus-Justizrat 28er 1918

Dir.: A. Löser sen.
Nur Rosenthalerstr. 69-70
9-1, 4-8, 10, 9-1, Rosenthaler Platz.

**Brillanten
Perlen, Smaragde**
auch ganze Schmucke, auch zum höchsten Aus

W. Weisager,
Geipziger Straße 112, Eingang Mauthof

Zinn u. Blei
sowie alle Altmetalle kaufen zu Tagespreisen

Metallschmelzwerke,
Waldemarstr. 74.
Telephon Moritzplatz 9485

**Neben-Anschluß
Amt Zentrum**
10'ort erucht. Max Richter, 39. Wittenbergstr. 14.

**Kupfer, Rotguß,
Messing usw.**
kauft zu den höchsten Tagespreisen

Unauffällig
erhält ergraut. Haar die früher Naturfarbe wieder d. Reichels Regenerat. Dunkel-ta inahl. u. ist unverwundbar. 9.50 u. 11 M. Otto Reichel, Berlin 43, 50, Eisenbahnstraße 4.

**Kupfer, Rotguß,
Messing usw.**
kauft zu den höchsten Tagespreisen

**Boekower Str. 12, Ecke Dres-
dener Str.**

**Chirographie, Schreibma-
chine 40.-, Inskriptions-
Buchführung 30.-, Bücher-
anhang, Potsdamerstr. 114.**

Spezialarzt
Syphilis, Horn-, Frauen-
leiden, Schwäche, Beinbrüche
Behandlung schnell, sicher
u. schmerzlos. Dr. Homoyer
& Co. konz. Lab. Blutunter-
such. r.äden im Horn usw.

Friedrichstr. 61, Telephon
101-1, 5-8, Sonnt. 10-11
Tel.zahl Separ. Damenzim.

Pianos
wird, durch preiswerter
Kaufverhältnisse, Garantie, freie
Belieferung. **Werner, Dierich-
straße, Klagenbergplatz - Düren.**

SPEZIAL-ARZT I. sämtl. Geschlechtl. I.
Horn- u. Blutunter-
suchung

Dr. med. Karl Reinhardt
Potsdamer Str. 117 an der
Lützenstraße

Scha-Bland 10 wertiger u. verlässlicher Verden 10 langjährig bewährtes
Heilverfahren. Sprecht. 11-12-2 1/2-8 abends. Sonntags 11-1-1
Kurzläufige Prozeduren mit Bezeichnung Hämt Heilverfahren in
verschicktem Kumeri gegen Entsendung von 24. 2.50 bezahlbar.

Blei u. Zinn
Altmetalle kaufen zu hoch
Preisen **Zinn-
schmelze**
Prinzess-Str. 17, Hof 16230

Caubentolonien!
Radmaschinen, 2 Ringe und
Bremmschleifen, fast neu sehr
billig zu verkaufen. Humboldt-
damm, Brunnenstr. 94, Gum-
bumbühl 6781.

Metallbetten
Stahlrohrbetten, Röhren-
betten, Halter an jedem Bett.
Katalog fr. Eisenmöbelabrik,
Suhr in Thür. 48-11

Theater, Lichtspiele etc.

Opernhaus
Die Gezeichneten
6 Uhr

Schauspielhaus
Die Sterne
7 Uhr

Deutsches Theater
8 Uhr: César und Kleopatra
Mittwoch: Faust I. Teil

Kammerspiele
7 1/2 Uhr: Der pathetische Hut
Mw. 7 1/2: Büchse der Pandora

Gr. Schauspielhaus
(Karlstraße)
7 Uhr: Florian Geyer
Mittw. 7 Uhr: Florian Geyer

Königgrätzer Str.
1/2 8 Jekaterina
Uhr: Iwanowna

(Lucie Höflich, Paul Bildt, Dornburg, Pröckl, Römer, Schlegel, Marba, Lehndorff)
Mittwoch, neu einstudiert:
Der Vater
Drama von August Strindberg
(Lucie Höflich, Ludw. Hartau, Frieda Richard, Gustav Boz, Ernst Dornburg, Eva Brock, Rudolf Jünger.)
Donn.: Jekaterina Iwanowna
Freitag: Der Vater

Komödienhaus
Die Sache m. Lola
mit Max Pallenberg
Jos. Dora a. G., Ort. Wagner, Picha, Haskel, Steda, Kiper
Sonnabend, zum ersten Male:
Das weiße Lämmchen

Lustspiel von Hanns Salzman
mit Max Pallenberg
Leonhard Haskel, Emmy Sturm, Heinz Stieda, Olga Engl, Eva Brock, Fr. Lehndorff

Berliner Theater
1/2 8 Uhr: Die spanische Nachtigall
Operette von Leo Fall mit Fritz Massary
Hans Wassmann, Emmy Sturm, Julius Brandt, Reinhold Pasch, Olga Engl

Central-Theater
7 1/2 Uhr: Die Postmeisterin
Deutsches Opernhaus
7 Uhr: Figaros Hochzeit
Friedr. Wilhelmst. Th.
1/2 8 Uhr: Hobeit die Tänzerin
Kl. Schauspielhaus

7 1/2 Uhr: Reigen
Komische Oper
7 1/2 Uhr: Baronechen Sarah
Lustspielhaus
7 1/2 Uhr: Arnold Hock in Die schwedische Jungfrau
Metropol-Theater

U. Hollandweibchen
Neues Operettentheater
7 1/2 Uhr: Yu-Shi tanzt
Neues Volkstheater
7 1/2 Uhr: Jugend
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: Helden
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Mascottchen
Th. am Nollendorfplatz

1 Uhr: Wenn Liebe erwacht
Theater des Westens
7 1/2 Uhr: Schwalbenhochzeit
Th. d. Kommandantenstr.

7 1/2 Uhr: Der verjüngte Adolar
Wallner-Theater
7 1/2 Uhr: Der Gelber von Lagano
Residenz-Theater

7 1/2 Uhr: Lady Windermere's Fächer
Hansl Arnstadt
Sandrock, Toelia, Korf, Hans Falkenstein, Mamelek, Valentin
Heute 4 Uhr, halbe Preise:
Die Freundin

Trianon-Theater
Heute u. folgende Tage 7 1/2 Uhr:
Der große Erfolg!
Carl Ciewing in

Kammermusik
Lustspiel von H. Igenstein
Donnerstag, 10. Febr., 7 1/2 Uhr
Zum ersten Male:

Die Gesellschaft des Abbé Chateauf
Tragikomödie v. Ed. Stucken
Leopoldine Konstantin, Ika Grüning, Käthe Haack, Luise Werckmeister, Hansl Burg, Herm. Valentini, Jul. Falkenstein, Adolf Edgar Licho, Hans Brockmann, Wilhelm Bandow, Emil Mamelek, Franz Weber.

Kleines Theater
Unter den Linden 44
Täglich 1/2 8 Uhr:
Casanovas Sohn
Lustspiel von Rudolf Lothar.
Eugen Burg, Mady Christens.
Hans Albers, Heitor Schroth.
Morgen u. folg. Tage 8 Uhr:
Casanovas Sohn

Schall und Rauch
im Großen Schauspielhaus
Dir. Hans v. Wolzogen.
Telephon: Norden 3643.
Konz. 7 1/2 Uhr, Beginn 8 1/2 Uhr.
Das große
Februar-Programm
u. a.:

Die Rose von Stamboul
mit Mizzi Delorm
und Arnold Rieck

Volksbühne
Theater am Blüowplatz.
7 Uhr: Das Postamt und Die Komödie der Irrungen

Lessing-Theater
Heute und Mittwoch 7 1/2 Uhr:
Ein idealer Gatte
(Darieux, Götz, Loos)
Donnerstag 7 1/2 Uhr: Plausse

Deutsches Künstler-Theater
Allabendlich 7 1/2 Uhr:
Die Scheidungsreise
mit Max Adalbert und Trude Hesterberg
Sonnabend 3 Uhr:
Letzte Kinder-
Vorstellung: **Fitzflitz**

Rose-Theater
7 1/2 Uhr: **Deserteure**

Folies Caprice
Am Oranienburger Tor
Täglich 1/2 8 Uhr:
Pfeffer und Salz
Der schlaue Theophil
Der Doppelgänger
Telephon: Norden 8650

Casino-Theater
Lothringer Str. 37. Tägl. 7 1/2
Der neue Schlager!
Der Großfürst
Ein lustiges Stück aus dem Berliner Leben in 3 Akten.
Berliner Humor! Berl. Typen!
Sonnab. 7 1/2 Uhr: Eine ideale Ehe.

Königstadt-Theater
Bahnhof Jannowitzbrücke
Tägl. 7.30 Gala-Sänger
im Ballsaal T A N Z

Circus Busch
Sarrasani
Tägl. 7 1/2, Sonnab. auch 3 Uhr
Neue Attrakt. Letzt. Woche
Gretl's Traum. Mittw. 3 Uhr
Extra-Vorstellung
Halbe Preise für Kinder
Vorverk. Tietz u. Circusk.

WINTERGARTEN
Reines
Varieté-Programm
Rauchen gestattet!

METROPOL
VARIÉTÉ-KABARET
Behrenstraße 54
Allabendlich 7 1/2 Uhr
D. lustige Spielplan

SCALA
LUTHERSTRASSE
730
DIE VARIÉTÉ-BÜHNE

Admirals-Palast
7 1/2 Uhr: Die roten Schuhe
Morg. 7 1/2 Uhr: Filzt in St. Moritz

Reichshall-Theater
Abds. 7 1/2 u. Sonnt.
nachm. 3 Uhr:
Stett. Sänger
Nachm. halb. Pr.:
Varieté-Höhle
Breitl. Anf. 6 1/2

Theater am Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6
Tägl. 7 1/2 und Sonntag
nachm. 3 Uhr:
Elite-Sänger
Zum Schluss: Der
Kriegsgewinnler.
Vorher:
„Strand-Idyll“
u. der hervorragende Solist
Nachmittags halbe Preise!
Vorverkauf: 11-1 1/2 u. 4-6 an
der Theaterkasse u. Leipziger
Straße 51 (Spittelkolonnen)

B.T.L.
Potsdamer Str. 23
Pola Negri in:
Arme Violetta
außerdem
Die Lieblingsfrau
d. Maharadscha. I. Teil
II. u. III. Teil anschließend

Turnstr. 12
Friedenau, Kleinstr. 14
Das große Hochland-
Sensationsdrama:
Der letzte Schuß
Alexander Pl.-Pass.
Arme Violetta

Concordia-Palast-Theater
64 Androsstraße 64.
Sofia Moja in:
Asehermittwoch
Harry Biel:
Der rätselhafte Klub
Variété!

Apollo-Theater
7 1/2 Direktion: James Klein. 7 1/2
Das große Ausstattungstück in 4 Bildern



Madame Dubarry's Liebesleben
mit der weltberühmten
Saharet
als Gräfin Dubarry.
Ueber 130 Mitwirkende! — Sonntag 3 1/2, das
vollst. Stück mit Saharet. — Jeder Erwachsene
1 Kind frei! — Vorv. fr. ab 10 Uhr ununterbroch.

De-ka
Konditorei Neukölln, Boddinstr. 65
am Rathaus
Intime Musik 1:1 Neu renoviert
Eigene Konditorei.

Im Komödienhaus
findet die Erstaufführung des neuen Schwanks
von Hanns Salzman mit
Max Pallenberg
in der Titelrolle:
Das weiße Lämmchen
am Sonnabend, den 12. Februar, statt
Sonnabend: Max Pallenberg / Leonhard Haskel / Emmy Sturm
Heinz Stieda / Olga Engl / Eva Brock / Frieda Lehndorff
Regie: Ernst Welisch.

PHILHARMONIE
Beethoven-Brahms-Abend
des Philharm. Orchesters
Dirig. Prof. R. Hagel
unt. gef. Mitwirkung von Frau
Mona Dahms-Scholte
Sinf. F-dur-Brahms: Sonate
C-moll Beethoven
Anfang 8 Uhr. Eintritt 3 M.

Neue Welt
A. Scholz, Hasenheide 114
Heute
Dienstag, den 8. Februar:
Bayer. Bierfest
Prämierung der
schwersten Dame
3 bare Geldpreise:
300.—, 200.—, 100.— M.
Anmeldungen bis 9 1/2 Uhr
an der Kasse. — Anf. 6 Uhr.
6 Kapellen. 30 bayr. Madl.

Variété-Café
Moritzplatz
Oranienstraße 33 34
Täglich 8 Uhr:
Elite-Programm

Eine Tafel Schokolade gratis erhält jede
R. 9. u. 10. Februar gegen Vorzeigung dieses Inserats
Treff
Tanzparadies Zelt 2 in den Zeiten
(Tiergarten)
Sonnabend, den
12. Februar 1921
Kostümfest

Billiger Zigarren-Verkauf
für Klein Händler und Private
jede Kanne mit abgelegener Restzettel. Verkauf täglich
von 9-4. Sonnabends 9-2 Uhr. Normale Formate, gute
Qualitäten. Kleinabgabe mindestens 50 Stück.
Von 30 Pf. per Stück aufwärts.
Händler bei Abnahme von wenigstens 300 Stück
Großabgabe. 20%
Arthur Buchholz, Berlin, Deutshofstr. 4/5.

Hervorragende Büروفedern

BRAUSE & ISERLOHN
Lecithinpillen
Barts „Eibasa“
belaämpfen Migräne, Neurasthenie,
Schlaflosigkeit, Blutarmlut, Bleichsucht.
Pelikan-Apothete Berlin W., Leipzigerstr. 95.
nahe Charlottenbr.

Pianos — Flügel
gebrauchte, bekannteste Firmeninstrumente; neu
Große Auswahl
Stets Gelegenheitskäufe
Pianohaus, Alexanderstr. 37
gegenüber Polizeipräsidium

Wohnungs-Austausch
Spedition (reg. 1891) Lagerhaus
A. SCHKFER 171A
Möbel-Transporte
Berlin-Wilmersdorf, Wilhelmsau 36
Lanzjährige bewährte Vertretungen in ganz Deutschland.

Pferdeversteigerung.
Am Sonnabend, den 12. Februar, vormittags 9 1/2 Uhr
werden auf dem Dole der Regensbr. 3-5 eine Anzahl aus-
gezeichnete Pferde und Fohlen gegen sofortige Barzahlung meth-
odisch versteigert.
Polizei-Abteilung „Friedrichshain“.

Hochelegante, aparte
Schlafzimmer
weiß- und eisenblechlackiert,
Schrank, 180 cm, oval, facet. Spiegel, große
Prisieretische, mit drei Plätzen, große Betten,
Umbau, Apotheken, Matratzen usw.
ermäßigt auf M. 5950.—
Kleinere Schlafzimmer, saubere Ausführung,
weißlack, komplett von M. 2875.— an.
Eigene Lackiererei.
Görlitz, Charlottenburg Wilmersdorfer
Straße 36.
Bill. Quelle auch für Wiederverkäufer.

Tüchtige
branchekundige
Verkäuferinnen
für
Glas u. Porzellan
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brunnenstraße 19/21

Zur Einsegnung
Anzüge unserer eigenen Konfektion, aus guten, haltbaren Stoffen und Friedenszutaten verfertigt.
Cheviot-Anzüge Marongé, 1- u. 2 reihig, 290 | Kammgarn-Anzüge blau u. schw., spr. fr. Stoff, ausgw. gew. M. 440
Cheviot-Anzüge sehr preiswert . . . M. | Farbige Anzüge 1- u. 2 reihig, aus dunkel kar. Cheviot, sehr bill. M. 280
Cheviot-Anzüge blau u. schwarz, sehr halt- | dunkel kar., nach engl. Art | nach engl. Art | nach engl. Art
bare Qual. 1- u. 2 reihig. M. 320 | gemustert . . . M. 340
Cheviot-Anzüge dunkelbl., u. w. aufgesetzte | dunkel kar., nach neuesten | dunkel kar., nach neuesten
Tasch. Hos. u. Umschl. M. 360 | Modellen angefertigt. M. 410
Cheviot-Anzüge dunkelblau gekoppert, mod. | verarbeitet 1- u. 2 reihig. M. 390

Diese Preise sind für Brustweite 60/70 berechnet; jede weitere Größe kostet je nach Qualität 10 bis 20 Mark mehr, jede kleinere Größe ebensoviel weniger.
Hüte / Krawatten / Serviteurs / Kragen / Hosenträger / Socken / sehr billig.

Nur eine Verkaufsstelle **BaerSohn** **Keine Füllien mehr**
Nur Chausseestraße 29-30 Nur

Meissner Porzellangeld
wird auch nicht über das 20-
verhältnis zulässige Verhältnis
und Lebensdauer hinwegge-
hen. Ihre Wege zur Erhaltung
und Sicherung unserer Arbeit-
kraft liegt im Besonderen
Geldrevolution
und Arbeitslohn
1.50 M. und 30 Pf.
Zusätzlich: Porzellan, Berlin
Lindenstraße 2

Kenner Kapitäntabak
Zu haben in den meisten
Zigarren-Geschäften.
General-Vertrieb:
C. Röker, Berlin
Lichtenberger Straße 22
(Kgl. 3861.)

Kupfer
Messing, Zinn usw.
Quecksilber, Zahngehisse,
Platin-, Gold-, Silberbruch,
kauft
Brunnenstr. 11
Beusselstr. 29
Fennstr. 48
Weidenweg 72.

12 000
Straußfedern
zu verkaufen. Ca. 1/2 Meter
lang, Stück 1 M., 2 M., 3 M.,
3 M., ca. 1/2 Meter lang 5 M.,
10 M., 15 M., 25 M.
Muster gegen Nachnahme.
Hesse, Dresden,
Scheffelstraße.

Leiden Sie?
en Nerven, Gicht, Rheuma,
Hautleiden, Blasen, Finnen,
Schw., Krämpfe etc. kann ge-
bessert werden durch „Zerebrin“
Schleife. Gefäß überleitend.
Stück 5 M. Zu haben in den
Büchereien:
Wander, Birkenstr., Pren-
zlauer Promenade,
Bender, Charité, Schillerstr.,
Reip, Fin. 38, Rappachstraße,
Bergg., Fin. 3, Fleiter Straße,
Klopp, Stimmstr., Romanstr.,
Dr. Postow, Schönberg,
Wachern, Schönberg.
General-Vertrieb: G. Raiser,
Berlin W. 30, Wilmersdorfer Str. 6.

Metallankaufsstelle
Osten,
Grüner Weg 30
zahlt Tagespreise für
**Kupfer, Messing,
Blei, Zink etc.**

Dringend! Gute Preise! Dringend!
Kupfer, Rotguß, Messing
Quecksilber
Zinn • Weißlager
Schulzendorfer Str. 2
Kösliner Str. 6
Swinemünder Str. 109

Wiederverkäufer, Straßenhändler
billigste Bezugsquelle für Offiziere, Offizianten und
Friedländer, Martin-Luther-Str. 59.

Stellenangebote
Konsumverein für Weihenfels-Hamburg und
Umgegend e. G. m. b. H. 187/18
Wir suchen per 1. April 1921 eine tüchtige Kraft als
ersten Geschäftsführer

für unseren Verein mit 10 Verkaufsstellen und Büdnen.
Bevorzugt wird auf einen energiegelichen Herrn mit langjähriger
Praxis und organisatorischem Talent. — Ausführliche Be-
merkungen unter Angabe von Referenzen und Gehaltsanprüchen
sind anzulegen an den Vorsitzenden des Konsumvereins
Richard Hebert, Weihenfels a. G., Rostocker Str. 26.

Lokalredakteur
mit journalistischer Erfahrung
und kommunalpolitischen
Kenntnissen für den „Vor-
wärts“ gesucht. Bewerbungen
an den Verlag, Lindenstraße 3

Schreibmaschinenmechaniker
mit Kenntnissen in Rechen- und Schreibmaschinenreparatur
hauptsächlich von langjähriger Praxis als solcher,
von großer Werkzeugkenntnis fähiger Arbeit Berlin
sofort gesucht. — Bewerbungen unter R. 15 an die
Hauptredaktion des „Vorwärts“, Lindenstr. 3. 808*

Hochelegante, aparte
Schlafzimmer
weiß- und eisenblechlackiert,
Schrank, 180 cm, oval, facet. Spiegel, große
Prisieretische, mit drei Plätzen, große Betten,
Umbau, Apotheken, Matratzen usw.
ermäßigt auf M. 5950.—
Kleinere Schlafzimmer, saubere Ausführung,
weißlack, komplett von M. 2875.— an.
Eigene Lackiererei.
Görlitz, Charlottenburg Wilmersdorfer
Straße 36.
Bill. Quelle auch für Wiederverkäufer.

Tüchtige
branchekundige
Verkäuferinnen
für
Glas u. Porzellan
sofort gesucht
Meldungen: 12-2 Uhr mittags
5-6 Uhr abends
A. Jandorf & Co.
Brunnenstraße 19/21

Alamyner
auf Autokühler durchaus
perfekt, als Reparatur für
Düsseldorfer gelocht. Offert.
unter G. B. 799 an Jans-
Wendland, Rönigsberg 1/2.

Buchdruck-Anlegerinnen
für Schnellpresse und Linol
und Steinbrud-Anlegerinnen
verlangt durch Arbeitsnachweis
der Stadt Berlin, Rüdigerstr. 1
(9-11) 114/115

Ein amerikanischer Vorschlag.

Washington, 7. Februar. (Meldung des Holländisch Neuwabureaus.) Die bereits gemeldet, hat Senator Francys dem Senat eine Entschädigung eingereicht, um die Frage der Abzahlung der Schulden der Alliierten aufzurollen. Gleichzeitig reichte er einen Vorschlag bezüglich der Entschädigungsfrage ein. Dieser enthält folgende Punkte:

1. Herabsetzung des deutschen Schadenersatzes auf 15 Milliarden oder 28 Annullitäten von je einer Milliarde Dollar. In diesen Zahlen sind die Zinsleistungen enthalten.

2. Deutschland wird ein Kredit von 5 Milliarden Dollar in Gold für die deutsch-afrikanischen Kolonien und die deutschen Telegraphenkabel eingeräumt, die von der Entente während des Krieges mit Beschlag belegt worden sind.

3. Die Vereinigten Staaten werden zum Ankauf der früheren deutschen Kolonien und Kabel bevorrechtigt und zwar zum Gesamtbetrag von 5 Milliarden Dollar. Dieser Betrag wird von der Rechnung der Schulden der Alliierten an Amerika abgeschrieben.

Die Alliiertenschulden an Amerika.

London, 7. Februar. (Meldung des Holländisch Neuwabureaus.) Die von dem englischen Schatzkanzler Chamberlain in Birmingham gehaltenen Rede über die englischen Vorschläge bezüglich der Annulierung der Kriegsschulden an die Vereinigten Staaten hat in Washington großes Aufsehen erregt. Es wird scharfe Kritik an der Regierung geübt, da sie dem Senat keine Mitteilung von der Angelegenheit gemacht hat. Wie verlautet, ist man in Regierungskreisen der Auffassung, daß keine Veranlassung vorliegt, diese Schuld zu annullieren. Die amerikanische Regierung beabsichtigt jedoch, von den Alliierten nicht mehr zu fordern, als sie wirtschaftlich dazu imstande sind. Dies steht sowohl für die Hauptsumme als auch für die Zinszahlungen fest.

(Warum soll dieser durchaus verständliche Grundsatz, den die Alliierten für sich als selbstverständlich beanspruchen würden, nicht auf Deutschland angewandt werden? Die Red.)

Wilson unten durch.

Washington, 7. Februar. (Meldung des Holländisch Neuwabureaus.) Die Präsident Wilson an Kuriortid eingeholt hat, geht aus der Behandlung seiner Botschaft im Abgeordnetenhaus hervor, in der er sein Veto gegen eine Entschädigung der Kammer und des Senats bezüglich der Herabsetzung der Deeresstärke auf 175 000 Mann einlegte. Die Botschaft wurde im Abgeordnetenhaus in einer so kurzen Zeit wie noch niemals mit 171 gegen 16 Stimmen verworfen, also mit einer so großen Mehrheit wie sie fast nie bekommen ist. Es wurde so wenig darüber beraten, daß die Verhandlungen innerhalb einer Stunde, nachdem die Botschaft eingelaufen war, beendet wurde. Man erwartet, daß der Senat sie in der gleichen Weise behandeln wird, wodurch dann die Entschädigung automatisch in Kraft tritt.

Deutschenhege und kein Ende.

Brüssel, 7. Februar. (M.B.) Die „Indépendance Belge“ mitteilt, ist es im Hafen von Antwerpen anlässlich der Anwesenheit deutscher Seeleute zu Zwischenfällen gekommen. Die Hafenvorwaltung verlangt offenbar, daß die Befehle deutscher Schiffe an Bord bleibt und sich nicht in der Stadt bewegt. Diese Vorsichtsmaßnahmen, so schreibt das Blatt, seien notwendig, um zu verhindern, daß Leute ohne Erlaubnis sich in Belgien aufhalten, deren Anwesenheit nicht erwünscht ist. (Wenn die belgische Regierung sich noch immer nicht müht, 27 Monate nach Kriegsende und trotz der Anwesenheit von vier sozialistischen Ministern in ihrer Mitte, der blinden Deutschenhege eines Teils ihrer Presse Einhalt zu gebieten, dann werden die Deutschen sich gezwungen sehen, zu einer sehr einfachen Gegenmaßregel zu greifen: denn Antwerpen braucht Deutschland, während Deutschland nicht auf Antwerpen angewiesen ist. Rotterdam ist ein ausgezeichnete, moderner Hafen und unsere Seeleute sind dort durchaus nicht „unerwünscht“. Die Red.)

Karlchen fragt beim Erzbischof an.

Budapest, 7. Februar. (Fig. Drahtbericht des „Vorwärts“.) Der ungarische Ministerpräsident Teleki hat es nun doch mit großer Mühe und Not fertig gebracht, die Nationalversammlung zu seinem Standpunkt zu belehren, daß die Königsfrage vorläufig aus der öffentlichen Erörterung ausgeklammelt bleiben müsse. Richtbefolgen weniger bleibt die Regierungskrise latent, da Teleki mit seinen sämtlichen Ministerkollegen infolge eines Mißtrauensvotums aus der Regierungspartei ausscheiden mußte. Die Führung der Legitimisten hat Graf Andrássy übernommen. Erzökög Karl richtete, wie in der Nationalversammlung bekanntgegeben wurde, einen Brief an den ungarischen Erzbischof Czernoch, in dem er anfragt, wie die Stimmung im Volke gegen ihn ist und ob der März der geeignete Zeitpunkt für seine Rückkehr wäre. Aristokratie und Geistlichkeit sind also die Säulen, mit deren Hilfe der Hohburger wieder den Thron bestiegen will. Das Volk wird nicht gefragt!

Die Schweiz und das Plebiszit in Wilna.

Wegen den Durchtransport von Völkerbundstruppen.

Bern, 7. Februar. (M.B.) Der Bundesrat hat heute zur Frage des Durchtransportes der für das Abstimmungsgebiet Wilna bestimmten Völkerbundstruppen Stellung genommen und ist zu dem Schlusse gekommen, daß die Schweiz grundsätzlich in keinem Falle verpflichtet ist, den Durchtransport zuzulassen. Ebenfalls wenig kann von der Schweiz grundsätzlich verlangt werden, daß sie die Völkerbundstruppen unter keinen Umständen durchläßt. Die Schweiz geht bei der Entscheidung darüber, ob die Völkerbundstruppen durchzulassen sind oder nicht, von einem rein internen Gesichtspunkte aus. Im vorliegenden Falle kam der Bundesrat zu dem Beschlusse, das Gesuch, die zur Durchführung der Volksabstimmung nach Wilna zu entsendenden Völkerbundstruppen durch die Schweiz durchzulassen, abzulehnen.

Staatsgerichtshof über die Simultan-Schulfrage. Wie noch dem „Bayrischen Kurier“ verlautet, hat der bayrische Staatsgerichtshof die von Mitgliedern der katholischen Elternvereine erhobene Beschwerde gegen die Simultan-Schulordnung des Ministers Hoffmann aus formellen Gründen abgewiesen, weil den Beschwerdeführern ein Beschwerderecht nicht zustehe. Eine Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Verordnung selbst ist nicht ergangen.

Vom preussischen Wahlkampf.

Der Fürstbischof als Wahlagitator.

Da pacem, Domine, in diebus nostris! Gib Frieden, Herr, in unseren Tagen! Mit diesen schönen und weisevollen Worten leitet Fürstbischof Bertram ein Wahlflugblatt ein, das das Zentrumsblatt, die „Germania“, in seinem gestrigen Abendblatt zum Abdruck bringt. Nach einer dreifachen Anrufung des Himmels, in unseren Tagen Frieden zu geben, betont der fürstbischöfliche Wahlagitator, daß der Kirche nichts ferner liege, als sich in politische Fragen einzumischen. Aber — und nun kommt das Wichtigere:

Aber die Kirche kann denjenigen Wahlen nicht gleichgültig gegenüberstehen, die von tiefster Bedeutung für die religiösen Güter des Volkes sind. Denn die Kirche hat den Beruf, das Gottesreich auf Erden zu schützen und auszubringen. Sie ist verpflichtet, dem Kampfe zwischen irdischem Reich und Gottesreich mit aller Umsicht und Festigkeit zu wehren. Darum ruft sie allen Katholiken ihre hohen sittlichen und religiösen Pflichten im öffentlichen Leben in Erinnerung.

Nach diesen allgemeinen Ausführungen wird der Fürstbischof deutlicher und erklärt es als „echt kirchliche Hirtenaufgabe“, den Katholiken beizubringen, wie sie zu wählen

Millionen

tausend Reichsparteien und Kommunisten im preussischen Landtagswahlkampf verpußern. Kopialisten und Moskau zahlen hierzu gerne und reichlich.

Arbeiter! Parteigenossen!

Schützt die Republik und eure Freiheit. Kämpft für den Sozialismus. Zahlt freiwillige Beiträge zum Wahlfonds der S.P.D. an Alex. Pagels, Berlin NW 40, in den Zellen 23 (Postcheckkonto 48743).

haben. Die erste Mahnung lautet: Macht alle von Eurer Wahlrecht Gebrauch. Die zweite Mahnung lautet: Nehmt es ernst mit Eurer Entscheidung am Wahltag. Die dritte Mahnung lautet — doch hier geben wir dem Wähler selbst das Wort:

Gib deine Stimme nur denen, die die Rechte der katholischen Kirche treu und mutig vertreten; — nur denen, die für volle Sicherstellung katholischer Jugendzuzugung und deshalb für konfessionelle Schulen eintreten; — nur denen, die christliche Sitte und christliche Gesinnung in den Familien und im privaten und öffentlichen Leben pflegen; — nur denen, die den Klassenhaß verwerfen und für eine gesunde Gestaltung des sozialen Lebens nach den Grundsätzen der katholischen Kirche eintreten wollen.

Der Fürstbischof Bertram hätte sich die langen Ausführungen sparen und sie in zwei Worte zusammenfassen können: Wählt Zentrum! Wir haben Anlaß zu vermuten, daß manche „Behirten“ vom rechten Wege abirren und einen roten Wahlzettel abgeben werden. Möge auch und einen roten Wahlzettel abgeben werden. Möge auch ihnen der Herr seinen Frieden in unseren Tagen geben!

Die Hebamme als Landtagskandidatin. Die Deutschnationale Volkspartei hat, so berichtet ihre offizielle Korrespondenz rühmend, für die Breitenwahlen 44 Frauen, darunter eine Hebamme als Kandidatinnen aufgestellt. Es kommt weniger auf die Zahl der Kandidatinnen an, als auf die mehr oder weniger aufständische Stelle auf den Wahlzettel. Und wenn die Deutschnationalen, durch die das Hebammengesetz in der Preussischen Landesversammlung zum Scheitern gebracht wurde, eine Hebamme als Kandidatin aufstellen, so bedeutet das, ebenso wie die stolze Ziffer 44, nichts anderes als Sand in die Augen der Wähler streuen.

Tariffbewegung in den Gemeindebetrieben.

Die freigewerkschaftlich organisierten Funktionäre (Arbeiter und Angestellte) aller Gemeindebetriebe Berlins hatten gestern eine außerordentlich hart besuchte Versammlung im großen Saal von Miem, die eine Entscheidung von weittragender Bedeutung zu treffen hatte. Es handelte sich um die jetzt in ein kritisches Stadium getretene Bohntarifffrage. Der Berliner Magistrat hat am Sonnabend endgültig Stellung genommen zu den Forderungen der städtischen Arbeiter und zu dem von uns am 31. Januar mitgeteilten Ergebnis der Verhandlungen zwischen dem Tarifauschuß des Magistrats und der Tarifkommission des gewerkschaftlichen Tarifrats.

In der Versammlung erstattete Polenske den Situationsbericht. Bevor er die Entscheidung des Magistrats kundgab, machte er Mitteilung von einer am letzten Freitag stattgefundenen Unterredung mit Oberbürgermeister Boeh. In dieser Unterredung erklärte Boeh Jalousen für die städtischen Arbeiter wegen der schlechten Finanzlage der Stadt für unmöglich. Er wies darauf hin, daß der laufende Etat 1920 mit einem Defizit von 309 Millionen Mark abschließe, wofür keine Deckung vorhanden sei. Die Stadt wäre nicht in der Lage, keine kommunale Projekte durchzuführen. Sie sei gezwungen, zum gemischtwirtschaftlichen Betrieb für manche Unternehmungen überzugehen. Durch Bewilligung der Forderungen der städtischen Arbeiter würde die Stadt, wenn man die Lasten aus dem Schiedspruch vom November hinzuzählt, insgesamt mit 138 Millionen Mark belastet werden. Die Forderungen der Arbeiter würden den Ruin der Sozialisierung bedeuten. Bei Aufrechterhaltung der Forderungen bestände die Gefahr, daß neben der Straßenbahn auch die Gaswerke und andere städtische Einrichtungen nicht mehr von der Kommune allein bewirtschaftet werden könnten, sondern daß man dazu übergehen müßte, das Privatkapital heranzuziehen. — Auf diese Ausführungen des Herrn Boeh haben Polenske und die anderen Arbeitervertreter ihm gesagt, daß, wenn nicht einseßst werde, was aus den Verhandlungen mit dem Tarifauschuß als vorläufige Vereinbarung herausgekommen ist, dann die Situation sehr schwierig werden würde. Der Beschluß des Magistrats selbst zur Tarifffrage lautet:

Den unter dem Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter fallenden Arbeitnehmern wird mit Wirkung vom 1. November 1920 ab ein Lohnzuschlag von 15 Prozent gewährt. Rindererwerbsfähige erhalten einen Stundenlohn von 3 M. für die männlichen und von 2,80 M. für die weiblichen Arbeitnehmer.

Von diesem Lohnzuschlag sind ausgenommen a) die jugendlichen Arbeitnehmer, b) diejenigen Arbeitnehmer, die in den Anstalten Wohnung und Beschäftigung oder Beschäftigung allein erhalten.

Hinsichtlich der Lohnbeiträge und aller Vorschriften der Erwerbsbestimmungen bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen des 8. Lohnrechts. Die Elektrifizierungsarbeiten werden während der Dauer des 6. Lohnrechts die erhöhten Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit von 25 bzw. 50 Proz. für Elektrifizierungsarbeiten.

Von allen Steuern macht uns frei...

Von der Deutschen Volkspartei wurden dieser Tage folgende Schreiben an Parteimitglieder verfaßt:

Deutsche Volkspartei.

Ortsverein.

Fernspr.: Umland 913. Berlin-Wilmersdorf, im Januar 1921. Hohenzollernbamm 183.

Sehr geehrtes Parteimitglied! Zu den außerordentlich wichtigen Wahlen am 20. Februar für den preussischen Landtag bedarf die Partei Ihrer Hilfe. Wir bitten Sie dringend, dem Obmann Ihres Wahlbezirks, Fräulein Allan, Kassauische Str. 1, mitzuteilen, ob Sie bereit dazu sind. Ihre Mitarbeit kommt besonders für die Verteilung von Drucksachen in der Zeit von Mitte Januar bis zum Wahltag selbst in Frage und am Wahltag selbst für die Belegung Ihres Wahllokales mit Helfern. Wer uns nicht hilft, ist wert, daß er durch sozialdemokratische Gesetze und Steuern ausgeplündert wird. Die Geschäftsstelle.

Es gibt also tatsächlich eine Partei in Deutschland, die den Ruf aufbringt, in verbämter Form ihren Anhängern Steuerfreiheit zuzusichern. Und da die Vertrauensdame auch noch in der — Kassauischen Straße wohnt, ist ja alles vorbereitet. Ober sollte die Verarmung der führenden Mitglieder der Volkspartei, der Herren Sinnes, Böglers usw. soweit vorgeschritten sein, daß ihre Einnahmen nicht mehr die Mindestgrenze des steuerpflichtigen Einkommens erreichen?

Deutschnationale „Genossen“!

Von Zeit zu Zeit, besonders aber in Wahlkämpfen erscheinen immer wieder Flugblätter, die sich gegen die Sozialdemokratie und ihre Bestrebungen richten und bei denen man nicht recht weiß, woher sie eigentlich kommen. Diese Flugblätter geben sich häufig den Anschein, von Arbeitern oder gar von Mitgliedern der Sozialdemokratie zu stammen. Für politische Eingeweihte ist die Sache allerdings meistens zu plump, als daß sie wirken könnte.

Es ist nun ganz interessant, daß die von der Hauptgeschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei herausgegebene Korrespondenz für ihre Parteileitungen und Funktionäre „Unsere Partei“, die ausdrücklich als vertraulich bezeichnet wird, in ihrer Nummer vom November vorigen Jahres vier „wertvolle“ Druckschriften ankündigt, die der Verlag der Deutschnationalen Schriftenverteilungsstelle herausgibt und die als äußerst wirksame Werbeblätter bezeichnet werden. Dabei wird besonders darauf hingewiesen, daß diese Flugblätter ohne Firma der Partei erscheinen. Ihre Titel lauten:

1. Eigentum ist Diebstahl.
2. Hinter den Kulissen der Sozialiserungskommission.
3. Der Bergmann als Versuchskanari.
4. An Alle! Deutsche Arbeiter! Genossen! Glaubte Ihr an den Bankrott des Bolschewismus?

Da diese Flugblätter sicherlich auch zur bevorstehenden Landtagswahl aufzutauchen werden, ist es dringend erforderlich, überall darauf hinzuweisen, von wo diese firmenlosen Genossenflugblätter herkommen. Wenn die Deutschnationale Volkspartei unter Verschweigung der Quelle ein Flugblatt herausgibt, in dem die Arbeiter als „Genossen“ angesprochen werden, so ist das weiter nichts als politisches Hochkapitulum schlimmster Art.

„Ich hab' mich ergeben.“ Dieses schöne Lied wurde wiederholt in der 4. Klasse der 100. Gemeindegasse in Berlin gesungen. Einer Schülerin, die sich weigerte, das Lied mitzusingen, wurde vom Lehrer, Herrn Hönch, geantwortet, sie solle seiner Knordnung Folge leisten und das Lied bis zum nächsten Male lernen, da doch darin nichts — „Frommes“ vorläge. Vermutlich glaubte der Lehrer, daß die vom Religionsunterricht dispensierte Schülerin aus religiösen Gewissensbedenken das Lied nicht mitsänge. Daß jemand gegen das höchst nationale Lied noch andere Bedenken haben könnte, dieser Gedanke kam ihm offenbar nicht.

die am 1. März 1921 oder später eintreten, gelten die regelmäßigen Zuschläge von 8 bis 25 Proz.

Auf diesen Lohnzuschlag von 15 Proz. sind anzuzurechnen die laut Schiedspruch vom 8. November gezahlten Zuschläge von 50 bzw. 20 Pf. je Stunde; ferner die im Dezember 1920 gezahlten Lohnzuschläge von 200 M. und im Januar 1921 gezahlten weiteren Zuschläge von 100 M. bzw. 50 M. Soweit eine Lohnhöhung durch gegenwärtigen Beschluß nicht eintritt (Jugendliche und Arbeitnehmer in Kost und Logis), sind die noch nicht zur Berechnung gekommenen Zuschläge ratenweise vom laufenden Lohn in Abzug zu bringen.

Dazu sagte Polenske u. a.: Von einem sozialistischen Magistrat habe er mehr Verständnis erwartet, als es in diesem Entschluß zum Ausdruck kam. Denn es sei doch ein starkes Stück, daß man Tausende von Arbeitskollegen und -kolleginnen leer ausgehen lasse und daß man obendrein von ihrem künftigen Lohn die auf die Neuregelung erwärteten Zuschläge in Abzug bringe. Die beteiligten Organisationen können die Annahme der Jugenstände nicht empfehlen. Sie schloßen aber vor, bevor es zu einem Kampfe kommt, als letztes Mittel noch die Anrufung des Schlichtungsausschusses Groß-Berlin vorzunehmen. Wir wollen alle Vorkehrungen treffen, die bei einem Kampfe getroffen werden müssen. Bei einem Kampfe der städtischen Arbeiter wird die gesamte Bevölkerung in Anspruch genommen. Wir brauchen ihre Sympathie. Wir müssen beim Eintritt in den Kampf vor sie treten und sagen können: Wir haben alle Mittel erschöpft, uns ist aber un'er Recht nicht geworden. Gleich nach der Fällung des Schiedspruchs wäre dann durch Urabstimmung die Entscheidung herbeizuführen.

Bei der äußerst lebhaften und ausgedehnten Debatte sprachen verschiedene Redner für den vom Referenten namens der beteiligten Organisationen gemachten Vorschlag, die weitläufigen Redner aber waren gegen Anrufung eines Schlichtungsausschusses und für alsbaldige Urabstimmung, ob Streit oder nicht.

In der Urabstimmung entschied die Mehrheit dahin:

„Die Jugenstände sind in der vorliegenden Form in bezug auf die Rücküberführung großer Gruppen nicht annehmbar. Wir verlangen, daß der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin binnen 48 Stunden zur Lösung vom Eintritt und in dieser Zeit einen Schiedspruch für Arbeiter und Angestellte füllt. Nach Fällung des Schiedspruchs soll über diesen und die Frage eines eventuellen Streits Urabstimmung entschieden werden.“

Einstimmig wurde dann noch eine Resolution der Anwesenden angenommen, welche verlangt, daß die Angestellten bei der Verhandlung und Entscheidung nicht von den Arbeitern getrennt werden.

Zurückgehaltene Brotgetreide. Im ostpreussischen Kreis Herbitz sind laut amtlicher Feststellung mehr als 120 000 (einhundertzwanzigtausend) Gentner Brotgetreide, das sind über 70 Proz. des Ablieferungsarfs, nicht zur Ablieferung gekommen.

Gewerkschaftsbewegung

Merkt's Euch bei der Wahl!

Der Verein deutscher Kupferschmiedereien in Hannover verbandte am 28. Januar d. J. ein Zirkular, in dem er seinen Mitgliedern davon Kenntnis gibt, daß in Buchholz und Annaberg i. S. bei drei Firmen die Kupferschmiede, Monteure usw. wegen Nichtbewilligung der geforderten Lohnerhöhung in den Streik getreten sind. Unter namentlicher Benennung der an dem Streik beteiligten 15 Arbeiter mit genauer Angabe des Geburtsortes und -tages werden die Mitglieder des Unternehmervereins aufgefordert, die Arbeiter so lange von der Einstellung auszuschließen, bis der Vorstand die Liste widerrufen hat.

Erst verweigert man also den Arbeitern Löhne, die ihnen einigermassen die Existenz bieten, und wenn sie sich diese Ausbeutung nicht länger gefallen lassen, läßt man hinter den Wandern den Streik los, damit sie durch die Hungerpeitsche von ihrem Verlangen, menschenwürdig existieren zu wollen, kuriert werden.

Hoffentlich vergessen die Arbeiter bei den bevorstehenden Wahlen nicht, daß sie mit ihrem Stimmzettel dafür sorgen müssen, daß den Reaktionen aller Schattierungen ein gehöriger Denkzettel gegeben wird. Das immer dreifach auftretende reaktionäre Element kann auch auf wirtschaftlichem Gebiet nur dann wirksam bekämpft werden, wenn die Volksmassen Vertreter entsenden, die mit den Räten der Zeit vertraut sind, die auch auf gewerkschaftlichem Gebiet den Forderungen der Gegenwart Rechnung tragen, d. h. wenn sie sozialdemokratische Vertreter wählen!

Zum Streik in der Herrenkonfektion.

Der am Montagmorgen ausgebrochene Streik erstreckt sich nicht nur auf Berlin, sondern dehnt sich über das ganze Reich aus. Nachdem die zentralen Verhandlungen in der Herrenkonfektion gescheitert sind, weil der Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands einen annehmbaren Termin für das Inkrafttreten des Reichstarifs und damit eine Erhöhung der Löhne für die jesiaie Saison ablehnten, fand unter den Mitarbeitern der beteiligten Verbände eine Urabstimmung über den Streik statt. In der Abstimmlung entschieden sich 90 Proz. der Abstimmlenden für den Streik. Hierzu nahm Zentralleitung und Beirat des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes Stellung und erklärte einstimmig seine Zustimmung zu einem Streik in dieser Industrie. In hierauf folgende Verhandlung mit den übrigen beteiligten Verbänden wurde zwischen diesen folgende Vereinbarung getroffen: Die Mitglieder der Zentralleitungen des Deutschen Bekleidungsarbeiterverbandes, des Verbandes christlicher Arbeitnehmer für das Bekleidungs-gewerbe, des Gewerkschafts der Schneider, Schneiderinnen und verwandten Berufe Deutschlands S.-D. und des Deutschen Zuschneiderverbandes, kommen überein:

Der Streik in der Herren- und Knabenkonfektion Deutschlands beginnt am 7. Februar 1921.

Der Streik soll sich erstrecken auf die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten Deutschlands, soweit diese Herren- und Knabenkonfektion fertigen. Ausgenommen ist die Arbeiterkonfektion, die Gummikonfektion und Fantasiewesten-anfertigung.

Die Mitglieder der Verbände werden angewiesen, schnellstens fertige und unfertige Sachen dem Geschäft abzuliefern.

Herren- und Knabenkonfektionsfirmen, welche dem Arbeitgeberverband der Herren- und Knabenkleiderfabrikanten nicht angehören, werden zunächst nicht bestrickt. Die Verbandsleitungen behalten sich vor, diese Firmen zu bestricken, wenn dort nachgewiesenermaßen Streikarbeit gefertigt wird.

Die Aktion wird von den vier Verbänden einheitlich geführt. Sonderverhandlungen dürfen während der Bewegung von keiner beteiligten Verbandsleitung oder deren Mitgliedern mit der Leitung des Arbeitgeberverbandes oder dessen Mitgliedern geführt werden.

Kein Facklingsherz!

Handlung, Ort und Zeit: Ein Termin vor dem Reichswirtschaftsgericht im Gebäude des Reichsmilitärgerichts zu Charlottenburg, im Februar 1921. Ein geräumiger Saal im zweiten Stockwerk. Im Halbkreis gruppiert das hohe Richterkollegium. Vor den Schranken erscheint F. Scheffel, seines Zeichens Vorsitzender des Deutschen Eisenbahner-Verbandes und Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Der Herr Reichsbeauftragte für das Verfahren vor dem Wahlprüfungsgericht des vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Regierungsrat M., erhebt sich und beantragt, das Mandat Scheffels als Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats für ungültig zu erklären. Gründe: Das sorgfältige Studium des Verbandsstatuts des Deutschen Eisenbahner-Verbandes hat ergeben, daß an einer Stelle gesagt wird, daß zur Gültigkeit einer Zeichnung für den Vorstand die Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern nötig sind. Das Schreiben, in dem der Vorstand des Deutschen Eisenbahner-Verbandes die Ernennung Scheffels zum Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrats mittelte, trug aber nur eine Unterschrift und zwar die eines der Vorsitzenden. Dem Statut ist also nicht Genüge geschehen, es ist da, um erfüllt zu werden. Die Minderheit

muß geklärt werden? (Welche Minderheit und gegen was wurde dabei nicht verraten.) Daher ist das Mandat zu beanstanden. Es liegen noch einige 20 ähnliche Fälle vor, und daher muß eine prinzipielle Entscheidung des Gerichts fallen.

Auf die Frage des Herrn Vorsitzenden des hohen Gerichtshofes tritt Scheffel vor die Schranken und sagt: „Ein Formfehler mag vorliegen, wenn man sich auf das damals gültige Statut beruft. In der Praxis ist es unmöglich, daß alle zum Verband kommenden Schriftstücke, es sind deren 200—250 pro Tag, von zwei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet werden können. Dieses bezieht sich auch nur auf die Finanzgeschäfte der Organisation. Im neuen Statut ist der Passus gefallen.“

Das Gericht zieht sich zurück, tritt nach einer Beratung von etwa 10 Minuten wieder den Saal, und der Herr Vorsitzende verkündet, daß das Mandat des Herrn Scheffel nicht zu Recht besteht.

Gewiß eine recht lehrreiche Geschichte. Sie beweist vor allem, daß es noch recht gewissenhafte Leute in Deutschland gibt, die Sorge tragen, daß kein Tüpfelchen über dem i, kein Komma und kein Gedankenstrich fehlt. Wirtschaftspolitiker und Sachverständige strengen ihr Hirn an in Ausschüssen und Kommissionen und suchen nach Mitteln und Wegen, um die deutsche Wirtschaft vor dem Zusammenbruch zu bewahren. Von einigen Duzend sollen die Mandate kassiert werden und die Arbeit der Herren wird dadurch unterbrochen. Rag werden, was da will, wenn nur jedes Schriftstück so formvollendet ist, daß es auch der Kritik des feinsten Bureautrotzen und Juristen standhalten kann. Das erfordert die Genauigkeit.

Lohnbewegung in den Konditoreien.

Die jetzt für die Konditoreibetriebe geltenden Löhne sind am 2. Juli vorigen Jahres durch Schiedspruch des Schlichtungsausschusses festgesetzt. Sie betragen für gelernte Kräfte 250 bis 260 M. pro Woche, ungelernete 130 bis 200 M. und weibliche Angestellte 110 bis 145 M. pro Woche. Bedenkt man, daß es in den Konditoreien allgemeiner Brauch ist, in welcher Berufsstellung zu arbeiten, deren Reinigung, Erhaltung und Neuananschaffung die Arbeitnehmer bestreiten müssen, rechnet man die Abzüge für Steuern, Versicherungsbeiträge usw. ab, so kann man verstehen, daß die Arbeitnehmererschaft eine neue Lohnerhöhung fordert.

Nach Berichten bürgerlicher Blätter hat Herr Tischendorf, Charlottenburg, erklärt: Die Gehilfschaft sei der Meinung, daß durch Preiserhöhung die Forderungen ohne weiteres bewilligt werden könnten. Nein, wir sind durchaus nicht dieser Meinung! Wir wissen sehr gut, daß das Konditoreigewerbe ein solch lukratives ist, daß die geforderte Lohnerhöhung nicht ins Gewicht fällt. Geradezu belustigend aber wirkt es, wenn da ausgeführt wird: Daß eine Preiserhöhung jetzt nicht angängig sei, da die minderbemittelte Bevölkerung infolge der Brottraktionierung auf den Kuchen angewiesen sei. Wir haben bis jetzt noch nichts davon merken können, daß sich die Konditoreibesitzer um die minderbemittelte Bevölkerung Sorgen gemacht haben. Oder sollen wir fragen, wieviel Portionen ein Pfund Kaffee ergeben und was die „minderbemittelte Bevölkerung“ für die Portion zahlen muß? Oder was kostet eine Torte im Verkauf und wie hoch sind die Herstellungskosten? Oder sollen wir verraten, was während des Krieges an den Schaumspeisen und Kriegstorten verdient wurde? War da die minderbemittelte Bevölkerung nicht viel mehr auf diese Kriegserzeugnisse zur Verlangung der Brottrakte angewiesen als heute? Sollen wir verraten, welche Löhne damals die Konditoreibesitzer, trotz der hohen Gewinne, zu zahlen für nötig fanden? Oder sollen wir die Gewinnergebnisse einzelner Firmen verraten? Nein, Herr Tischendorf, an der Sorge um die minderbemittelte Bevölkerung wagen wir zu zweifeln. Hier geht es um den größeren Verdienst. Aber wir als Angestellte wollen weiter nichts als unsere Existenz, wir wollen nicht völlig verelenden, zumal wir täglich sehen müssen, wie sich unsere Arbeitgeber nichts, aber auch gar nichts zu verlagern brauchen.

Bisher haben die Arbeitgeber jede Verhandlung abgelehnt, die Arbeitnehmer hatten den Schlichtungsausschuss angerufen, zu dem am 5. d. M. angelegten Verhandlung aber waren die Arbeitgeber nicht erschienen. Durch ihren Syndikus ließen sie erklären, daß sie jede Verhandlung ablehnten. Der Schlichtungsausschuss entschied, daß die Arbeitgeber bis zum 18. d. M. sich mit uns einigen sollten, wenn nicht, wird der Schlichtungsausschuss am 19. einen Schiedspruch fällen.

Diese Provokation der Konditoreibesitzer hat auf unserer Seite die heftigste Empörung ausgelöst. Am 10. d. M. wird eine Funktionärerversammlung dazu Stellung nehmen und die weiteren Maßnahmen beschließen. Aber nicht nur provozieren wollen uns die Herren, sondern allem Anschein nach erst Zeit gewinnen, um mit dem kleinen Grüppchen, welches heute noch im Gewerksverein vereint ist, sich zu verständigen. Am Mittwoch, den 9. Februar, sollen die Verhandlungen mit dem Gewerksverein stattfinden. Glauben die Herren wirklich, daß wir es dann ohne weiteres schlucken werden, was sie ihren „meistertrauen Gehilfen“ zubilligen? Als „meistertrau“ wurden sie doch von einem Vorstandsmitglied der Arbeitgeber selbst benannt. Die Herren spielen mit dem Feuer, allem Anschein nach müssen sie sich erst einmal gründlich die Finger verbrennen, ehe sie einsehen werden, daß es für sie vorteilhafter ist, sich über berechnete Forderungen mit ihren Angestellten zu verständigen.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter.

In den photographischen Kunstdruckbetrieben und den chromolithographischen Anstalten ist der Streik ausgebrochen. Zunächst

kommen die Ringfirmen in Frage. Weitere Mitteilung erfolgt morgen.

Gewerkschaftsmitglieder!

Platzkarten zu starkermäßigtem Preise für das Lustspiel „Haus, Friedländer, 288 (Röhe des Halseiden Tores) für Sonntag, den 18. Februar, nachmittags 8 1/2 Uhr, zur Vorstellung Renaissance, Lustspiel in 3 Akten von Franz v. Schönthan, können in unserem Bureau, Engelstr. 15, vorn 1 Tr., Zimmer 15, werktäglich von 4 1/2 bis 7 Uhr, in Empfang genommen werden.

Angestellte der Kunst- und Bauhölzerindustrie. Heute Abend 8 1/2 Uhr in den Wankel-Gülen (Pörsenkaal), Kaiser-Bismarck-Str. 11, Vsa-Versammlung der heimischen Angestellten der obigen Branchen. Einlaß nur gegen Ausweis des Mitgliedsbuches eines Vsa-Verbandes möglich. Vsa-Deutscher Groß-Berlin.

Zentralverband des Schuhmachere. Dienstag, den 8. Februar, abends 7 Uhr, Frauentagungsversammlung der Schuhmacherinnen im Markushof, Markushofstr. 18. — Donnerstag, den 10. Februar, Landstammerversammlung bei Teffel, Brandfurter Str. 47.

Deutscher Transportarbeiterverband. Vertretertag, Plaharbeiter und Arbeiter aus allen Journal- und Kunsthandlungen Groß-Berlins, Mittwoch, den 9. Februar, abends 7 Uhr, im Hotel Englischer Hof, Wriezenerstr. 7a (unterer Saal), allgemeine Franchisenversammlung.

Privatwächter. Mittwoch, den 9. Februar, morgens 9 Uhr, bei Schirm, Charlottenstr. 78, Außer wichtige Versammlung aller auf Hausen, Holz- und Lagerplätzen, Fabriken, Geschäfts- und Industriehäusern beschäftigten Wächter.

Soziales.

Preussische Baupolitik.

Die Preussische Landesversammlung hat in ihrer letzten Sitzung das Gesetz über die Bereinstellung von Staatsmitteln zur Abbildung der Baukostenübersteigerung angenommen. Hierdurch wird die preussische Staatsregierung ermächtigt, 400 Millionen Mark zur Bewährung von Beihilfen zum Wohnungsneubau zu verwenden. Das Wohlfahrtsministerium schreibt dazu:

Bei der gegenwärtigen Wohnungsnot wird diese Nachricht freudig begrüßt werden, denn durch dieses Gesetz werden in erheblichem Maße die Schwierigkeiten behoben, die der Frage der diesjährigen Finanzierung der Wohnungsneubautätigkeit bisher entgegenstanden. Die Behebung der Wohnungsnot ist eine der brennendsten Aufgaben der Gegenwart und verträgt keine Verzögerung. In dieser Erkenntnis hat die preussische Staatsregierung die Initiative ergriffen und Vorlage getroffen, daß nach von der scheidenden Landesversammlung für die Durchführung wenigstens der notwendigsten Bauten in Preußen Mittel bereitgestellt werden. Die Regierungspräsidenten sind bereits aufgefordert, über den Bedarf ihrer Bezirke zu berichten. Auf Grund ihrer Meldungen wird dann der zur Verfügung stehende Betrag verteilt werden. Es ist nun Sache der Bauämter, ihre Anträge schleunigt durch Vermittlung der Gemeinden an den zuständigen Regierungspräsidenten zu richten. Die Bewilligung der Zuschüsse wird im wesentlichen nach den gleichen Grundsätzen erfolgen, wie sie in den Bestimmungen des Reichsrats über die Bewährung von Darlehen aus Reichsmitteln zur Schaffung neuer Wohnungen vom 10. Januar 1920 niedergelegt sind. Im Interesse einer Erleichterung des Auszahlungsvorfahrens werden diese Bestimmungen allerdings geringer Änderungen bedürfen.

Jugendveranstaltungen.

Verein Arbeiter-Jugend Groß-Berlin. Sekretariat: RM. 10, In den Jellen 22.

Dienstag, den 8. Februar:

Ein Reigenausflug beginnt am 8. Februar im Jugendheim Charlottenburg, Kollnsee, 4. Anfang 7 Uhr. — Abend: Schule Wilmstr. 10, Vortrag: „Das Holentromm“. — Gedächtnisfeier: Schule Götterburger Str. 2, Vortrag: „Heronie“. — Nacht: Schule Wollener Str. 11, Diskussionsabend. — Riecher-Schulhaus: Schule Hohenburger Str. 69/70, Mitgliederversammlung. — Reineckebühl: Samuel Kaufmann, See-, Regiertrakt, Vortrag: „August Bebel“. — Spandau: Altes Schulhaus (Besimmer), Vortrag: „Das Holentromm“. — Südwest: Reutlingenheim Lindenstr. 5, Festabend: „Im Teilhaus“. — Treptow: Eisenstr. 2, Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Redaktion.

D. R. M. Fragen Sie einen Qualiten oder einen Arzt. — V. M. 100, Deutsch-Deutscherische Handlungsgesellschaft m. b. H., RM. 7, Unter den Linden 56; Deutsch-Deutscherische-ungarischer Wirtschaftsverband e. V., W. 10, Am Karlsbad 14.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Verantwortl. für den redakt. Teil: Dr. Werner Heiler, Charlottenburg; für Anzeigen: Dr. Gleditsch, Berlin. Verlag: Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Unter den Linden 56; Betriebs-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Berlin, Unter den Linden 56.

Sanatogen

das altbewährte Kräftigungsmittel für Körper und Nerven in allen Apotheken und Drogerien wieder vorrätig.

Th. E. Huse & Söhne

Königsberg i. Pr., Berlin W. O., Potsdamer Str. 10-11, pt. Paradenplatz 12, I., Gegründet 1904

„Immobilien • Hypotheken • Finanzierungen“



Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht



Großer Frucht- und Gemüse-Konserven-Verkauf

zu bedeutend herabgesetzten Preisen, solange Vorrat

Junge Schnitt- und Brechbohnen • Junge Erbsen, fein und mittelfein • Leipziger Allerlei • Brechspargel und Stangenspargel, Pfefferlinge u. Steinpilze • Reineclauden, Pflaumen, Pfirsiche, Kirschen, Birnen, Preiselbeeren, Heidelbeeren

Zehn Waggon
Salzschnittbohnen Pfund 50 Pfennig (Ausnahmepreis)

Voranzeige! Neuer Gemüse- und Feilsamen, auf den eigenen Versuchsfeldern erprobt, ist eingetroffen